

18/1998

Bundesumweltministerin Angela Merkel:

10-Punkte-Plan wird zügig umgesetzt

„Ich möchte kurzfristig auch noch einmal ein Gespräch mit den Polizeigewerkschaften über die Sorgen von Polizisten und ihren Angehörigen führen,“ erklärte Angela Merkel am 3. Juni zum Stand der Abarbeitung des 10-Punkte-Plans, den sie vor gut einer Woche am 25. Mai in Bonn vorgelegt hatte.

Keiner der Beteiligten wird ausgelassen: das Bundesumweltministerium nicht, das den 10-Punkte-Plan zügig umsetzt, die Länder nicht, die ihre Kenntnisse über Grenzwertüberschreitungen mitteilen sollen, die Energieversorgungs-Unternehmen (EVU) nicht, deren schriftliche Vorschläge der Ministerin noch nicht weit genug gehen, die Gesellschaft für Reaktorsicherheit nicht, die dem Umweltausschuß bereits am 26. Mai einen Zwischenbericht gegeben hat, die Strahlenschutzkommission nicht, die sich erneut mit der radiologischen Bewertung der Transporte abgebrannter Brennelemente befaßt.

Wichtigstes Ergebnis der von der französischen Umweltministerin und Angela Merkel eingesetzten Arbeitsgruppe: Die Grenzwertüberschreitungen an Transportbehältern und Waggons hatten keine gesundheitlichen Auswirkungen auf Begleitpersonal und Bevölkerung.

Bis zur Klärung und Beseitigung der Ursache dieser Überschreitungen – so die Ministerin – „bleibt es bei dem von mir verhängten Transportstopp“.

HEUTE AKTUELL

- **Castor-Transporte**
Unmittelbar nach Kenntnis der Vorgänge die Öffentlichkeit informiert. Erklärung der Bundesumweltministerin Angela Merkel im Deutschen Bundestag. Seite 3
- **Mittelstand**
Bundeskanzler Helmut Kohl: Unsere Reformpolitik entlastet den Mittelstand. Seite 9
- **Vermögensbildung**
Bundesarbeitsminister Norbert Blüm: Ein weiterer Baustein auf den Weg zu einer gerechteren Vermögensbeteiligung. Seite 18
- **Kurz & bündig**
ARGUMENTE: Erfolgreiche Politik für Senioren. Seite 31-32
- **Bundestagswahl**
Wahlrecht für Deutsche im Ausland erweitert. Seite 38
- **Dokumentation**
Die Reden von Kurt Biedenkopf und Wolfgang Schäuble in der Bundestagsdebatte zum wirtschaftlichen Aufbauplan für Ostdeutschland am 28. Mai. Grüner Teil

Kurz & gut

Manfred Kanther zur inneren Sicherheit:

- Ein Drittel weniger Autos wurden im vergangenen Jahr gegenüber 1993 gestohlen.
- Um zirka 25 Prozent ist die Schadenssumme beim Mißbrauch von Kreditkarten im Zeitraum 1993 bis 1996 gesunken.
- Die Zahl der Wohnungseinbrüche ist von 1993 bis 1997 um 45.000 Fälle, also um rund 20 Prozent, zurückgegangen.

Angela Merkel zum Aufbau Ost:

Wir haben seit 1990 die Verkehrsprojekte deutsche Einheit auf den Weg gebracht, 148.000 Handwerksbetriebe und 510.000 mittelständische Betriebe gegründet, 31.000 landwirtschaftliche Betriebe geschaffen, mehr als 4 Millionen Wohnungen modernisiert, ein Niveau von 85 Prozent der Westrenten erreicht, 1,2 Milliarden pro Jahr für die Braunkohlereaktivierung ausgegeben, 19.700 ha Bergbaufläche rekultiviert und 39 Millionen Bäume gepflanzt.

Helmut Kohl zur Zinsentwicklung:

Wer heute ein Eigenheim baut, bekommt Baugeld für zehn Jahre zu Zinsen von unter 6 Prozent. Zu Beginn meiner Amtszeit waren es noch 11 Prozent. Das heißt: Ein Baudarlehen über 250.000 DM kostete damals fast 2.300 DM im Monat. Heute sind es 1.250 DM.

Theo Waigel zu den Maastricht-Kriterien:

Was ist mir nicht alles im letzten Jahr vorgeworfen worden: Da hat man mir gesagt, ehrliche 3,2 Prozent seien besser als getrickte 3,0. Heute kann ich sagen, ehrliche 2,7 Prozent sind besser als ehrliche 3,2.

Noch einmal: 10. CDU-Parteitag in Bremen Helmut Kohl: "Sagen wir das draußen an den Ständen und überall dort, wo wir mit den Leuten reden!"

DAS WICHTIGSTE DER WOCHE NR. 18 AUF EINER SEITE

"Die Botschaft von Bremen wird sein: Gemeinsam packen wir es, für Deutschland, für unser Vaterland, für unsere Zukunft im vereinten Europa."

Wolfgang Schäuble

Die SPD muß unverzüglich für alle sichtbar Klarheit schaffen

Wortlaut von Beschluß Nr. 17, den die Delegierten des 10. Parteitags der CDU in Bremen am 19. Mai einstimmig verabschiedet haben:

1. Die großen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert können nur die demokratischen Parteien bewältigen. Radikale Kräfte von links und rechts sind eine Gefahr für eine erfolgreiche Beantwortung der Zukunftsfragen.
2. Die CDU Deutschlands lehnt die Bildung von Regierungen durch direkte oder indirekte Mithilfe von links- und rechtsradikalen Parteien ab.
3. Die CDU Deutschlands fordert die SPD auf, einen gleichlautenden Beschluß unverzüglich zu fassen, um noch vor der Bundestagswahl für alle sichtbar Klarheit zu schaffen.
4. Die CDU stellt eindeutig klar, daß die PDS als Nachfolgeorganisation der SED nach wie vor nicht auf dem Boden des Grundgesetzes steht.

Wir sind bereit SPD



PDS

Aufpassen Deutschland!

CDU

"Aufpassen Deutschland" lautet das Motto einer bundesweiten Kampagne, die CDU-Generalsekretär Peter Hintze am 27. Mai in Bonn gestartet hat. Poster und Plakate der Kampagne greifen das historische Motiv des Händedrucks zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten auf und bringen es mit der Zusammenarbeit in Verbindung, die SPD

(Höppner) und SED-Nachfolgepartei PDS (Sitte) bei der Ministerpräsidentenwahl in Sachsen-Anhalt erneut unter Beweis gestellt haben. Peter Hintze: "Wir sind der festen Überzeugung, daß sich Sozialdemokraten und PDS, wenn es nach der Bundestagswahl am 27. September rechnerisch ausreicht, auch bundesweit die Hand reichen werden."

Im Bundesrat dagegen

Schröder ist ein gnadenloser Opportunist: Er gibt vor, Asylmißbrauch zu verhindern; **er hat aber im Bundesrat** gegen die Asylrechtsnovelle gestimmt. Er gibt vor, Sozialhilfemißbrauch zu beenden; **er hat aber im Bun-**

desrat gegen die Sozialhilfenovelle gestimmt. Er verspricht eine Modernisierung Deutschlands; **er hat aber im Bundesrat** das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung blockiert.

(Theo Waigel)

Klare Worte Clintons

Der Aufbau Ost ist die beeindruckendste Erfolgsgeschichte in diesem Jahrhundert. Daß sie möglich wurde, verdanken wir nicht zuletzt einem Mann, der dafür mit Mut und Grundsatztreue die richtigen Entscheidungen ge-

troffen hat. US-Präsident Bill Clinton hat das angesprochen und eindrucksvoll der Weltöffentlichkeit klargemacht, welch ein Gewinn Helmut Kohl für Deutschland, Europa und die Völkergemeinschaft ist.

(Peter Hintze)

Unmittelbar nach Kenntnis der Vorgänge die Öffentlichkeit informiert

Die Mitteilung über die Erkenntnisse von Grenzwertüberschreitungen bei Transporten von abgebrannten Brennelementen nach Frankreich, die von Energieversorgungsunternehmen über Jahre hinweg zurückgehalten worden sind, hat zu einem tiefen Vertrauensverlust in der Bevölkerung geführt.

Wir brauchen uns jetzt nicht zu wundern, wenn bei den Menschen der Verdacht aufkommt, man nehme es ja sowieso nicht so genau mit Grenzwerten, man habe ja schon immer geahnt, daß bestimmte Kreise unserer Gesellschaft skrupellos über Ängste und Sorgen der Menschen hinwegsehen, man müsse jetzt vielleicht auch noch fürchten, daß z. B. Dosimeter, die die Castor-Transporte begleitenden Polizisten mit sich führen, wahrscheinlich falsch geeicht sind und sie vielleicht auch noch gefälschte Ergebnisse hervorbringen.

Dieser Vertrauensverlust wiegt um so schwerer, als es bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie um ein Thema geht, bei dem Urängste von Menschen wach werden: Wie können wir mit etwas umgehen, was wir nicht sehen, nicht riechen, nicht fühlen können? Wie können wir uns darauf verlassen, daß das Risiko der Verstrahlung beherrschbar ist? Wie soll man das Risiko der friedlichen Nutzung der Kernenergie und der Entsorgung insgesamt einordnen, wenn unterschiedliche Gutachter und Wissenschaftler zu unterschiedlichen Ergebnissen kommen, die die Gefahren doch einschätzen müßten? Wem soll man vertrauen – denen, die das

Risiko für beherrschbar halten, oder denen, die es für unverantwortlich halten? Übertreibt die eine Gruppe, verharmlost die andere?

Vollends unverständlich wird die gesamte Diskussion dann – insbesondere für den unbeteiligten Zuschauer –, wenn man einen Sprecher eines Energieversorgungsunternehmens sagen hört, man habe die Grenzwertüberschreitungen nicht gemeldet, weil es erstens keine Meldepflicht gebe und weil zweitens keine radiologische

Erklärung der Bundesumweltministerin Angela Merkel zur Sicherheit von Castor-Transporten am 27. Mai im Deutschen Bundestag

Gefahr vorgelegen habe. Aber es ist durch nichts zu rechtfertigen, wenn gerade in dieser Weise argumentiert und die Wahrheit verdreht wird: Es geht doch gar nicht darum, ob es eine Meldepflicht gegeben hat oder nicht, sondern es geht darum, ob gesetzliche Grundlagen, die existieren, eingehalten werden.

Aus der Strahlenschutzverordnung ergibt sich jedenfalls für die Kernkraftwerke die Verpflichtung zur Weitergabe ihrer Kenntnis von den Grenzwertüberschreitungen an den Inhaber der Beförderungsgenehmigung. Wer Transporte in einem Kernkraftwerk bereitstellt und weiß, daß

Kontaminationen am Bestimmungsort festgestellt werden, der hat ebenso wie andere an dem Transport Beteiligten die Pflicht, die Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden über diesen Sachverhalt zu unterrichten.

Wer nun aber wie die Energieversorgungsunternehmen über diese gesetzlichen Regelungen einfach hinwegredet, der braucht sich nicht zu wundern, wenn das Vertrauen in die Kernenergie in der Bevölkerung verloren geht. Und wer wie die SPD und die Grünen von der Verantwortung der Länder – gerade wegen deren Verantwortung beim Beladungsvorgang im Kernkraftwerk – einfach ablenken will, der betreibt 4 Monate vor der Bundestagswahl nur ein rein parteitaktisches Spiel, der betreibt nur noch Wahlkampf, und das werde ich nicht zulassen.

Unverantwortliche und unerträgliche Stimmungsmache

Aber damit eines klar ist: Grenzwerte gibt es nicht aus Jux, und deshalb ist ein Ignorieren von Überschreitungen dieser Grenzwerte unter keinen Umständen hinnehmbar – das gilt auch, wenn wir wissen, daß in Deutschland keine gesundheitliche Gefahr für die Bevölkerung und das Personal bestand und dies auch nach Angaben der französischen Behörden für Frankreich zutrifft. Und wenn jetzt der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei laut ruft, bei den Castor-Transporten seien die Polizisten – so wörtlich – „verheizt“ worden, so ist das eine völlig unverantwortliche und unerträgliche Stimmungsmache, die in keiner Weise gerechtfertigt ist, da bei den Transporten in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus gerade keine Grenzwertüberschreitungen vorgelegen haben.

Ich habe immer deutlich gemacht und werde dies auch weiter deutlich machen,

daß ich die friedliche Nutzung der Kernenergie für verantwortbar halte – gerade und insbesondere in Deutschland. Herr Fischer wirft mir deswegen ja jetzt vor, ich sei ein „Erfüllungsgehilfe der Atomindustrie“ und für die Einschätzung der Gefahren nicht sensibel, weil mir Distanz zu der Sache fehle. Herr Müller hat es noch etwas „netter“ als „Kumpanei“ mit der Atomindustrie bezeichnet.

Meine Damen und Herren in der Opposition, welches Denken offenbaren Sie dabei eigentlich? Haben Sie eigentlich begriffen, daß es in dieser Frage weniger darum geht, welche Grundüberzeugung ich habe als darum, was ich nach Recht und Gesetz zu tun habe? Es gibt einen klaren Gesetzauftrag, wonach ich dafür zu sorgen habe, daß die atomrechtlichen Vorschriften von den Ländern nach Recht und Gesetz auszuführen sind. Sie, Herr Fischer, wollen dagegen den Menschen einreden, daß ich – nur weil ich für etwas bin – nicht in der Lage oder gewillt sei, hierbei Recht und Gesetz einzuhalten. Oder umgekehrt soll es doch nur heißen – nur wenn man gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie sei, könne man auch zum Schutze der Menschen verantwortungsbewußt handeln. Ein solches Denken ist zutiefst diabolisch. Sie und viele Ihrer Leute betreiben eine der perfidesten Argumentationen, die ich je gehört habe. Dies werde ich nicht durchgehen lassen.

Nur eine Kampagne im Wahlkampf

Im übrigen sind Sie erstaunlich still, wenn man bei Ihnen nachfragt, was Sie denn in Ihrer Amtszeit als hessischer Umweltminister von 1991 bis 1994 gewußt haben: „keinerlei Erkenntnisse“ heißt es dann lapidar. Herr Fischer, Ihr ganzes Verhalten ist doch zutiefst entlarvend. Ihnen geht es doch nur um eine

Kampagne im Wahlkampf, aber das werden die Menschen schneller durchschauen, als Ihnen lieb ist.

Und wie ist das eigentlich mit der Distanz zu einer Sache, wenn der Kanzlerkandidat der SPD Mitglied im Aufsichtsrat von PreussenElektra – einem der von den Kontaminationen betroffenen EVU – ist, aber mehr noch: Im Aufsichtsrat von PreussenElektra sitzt auch Herr Minister Möller aus Schleswig-Holstein, und Vorgängerin von Schröder war niemand anders als Frau Griefahn, die zuständige Atomaufsichtsmministerin aus Niedersachsen. Dazu möge sich jeder selbst sein Urteil bilden, wenn man die Reden insbesondere des Herrn Schröder in diesen Tagen verfolgt.

Nein, mir geht es nicht um Wahlkampf, mir geht es um etwas anderes. Für jeden – ob nun für oder gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie – muß nämlich gelten: Unser Handeln, mein Handeln als Sicherheitsministerin ist von Recht und Gesetz und von dem entscheidenden Gebot bestimmt: vom Gebot der Sicherheit. Dieses hat absoluten Vorrang vor Wirtschaftlichkeit oder Versorgungssicherheit.

Das Zurückhalten von Informationen über das Überschreiten der Grenzwerte in Frankreich durch die EVU ist deshalb, auch wenn es keine Sicherheitsfrage in dem Sinne ist, daß Gefahr bestanden hätte, in keinem Falle hinnehmbar. Und genau deshalb habe ich die Erkenntnisse über Grenzwertüberschreitungen bei Transporten von abgebrannten Brennelementen nach entsprechender Information aus Frankreich an die Öffentlichkeit gebracht – nicht die Medien, nicht Herr Fischer, nicht Herr Struck – niemand anders als ich.

Was ist geschehen?

1997/98 wurden insgesamt 68 Transporte mit abgebrannten Brennelementen von

deutschen Kernkraftwerken nach La Hague durchgeführt. In 16 Fällen sind an einigen Stellen (13 Bodenwannen- und 3 Behälterkontaminationen) erhöhte radioaktive Kontaminationen aufgetreten (über dem Grenzwert von 4 Bq/cm^2). Die französischen Behörden haben darüber hinaus bestätigt, daß in Frankreich bei Transporten, die von französischen Kernkraftwerken stammen, auch Kontaminationen an der Außenabdeckung der Eisenbahnwaggons festgestellt wurden. Dies bezieht sich – und das kann wegen der Verwirrung in der öffentlichen Diskussion gegenwärtig gar nicht oft genug gesagt werden – nur auf Transportvorgänge aus französischen Kernkraftwerken.

Trotz regelmäßiger Kontrolle keine Verschmutzungen

In die britische Wiederaufbereitungsanlage Sellafield sind 1997/98 bisher insgesamt 50 Transporte aus deutschen Kernkraftwerken verbracht worden. Aus Großbritannien liegen aber bisher noch keine offiziellen Behördenmitteilungen über erhöhte Kontaminationen bei Brennelementtransporten aus Deutschland vor. Nach Angaben der britischen Betreibergesellschaft BNFL weisen ein oder zwei Transportbehälter erhöhte Kontaminationen auf. Die Verschmutzungen sind trotz regelmäßiger Kontrollen in Deutschland nicht entdeckt worden. In Deutschland wurden zu keinem Zeitpunkt erhöhte Kontaminationen festgestellt.

Die deutschen Betreiber haben bereits seit Jahren Kenntnis von konkreten Verschmutzungen deutscher Transportbehälter. Gleichwohl wurden das Eisenbahnbundesamt und das Bundesumweltministerium über diesen Sachverhalt nicht informiert. Die Energieversorgungsunternehmen haben dies in einer gemeinsamen

Erklärung vorgestern erneut gegenüber der Öffentlichkeit eingeräumt.

Ein für allemal möchte ich klarstellen: Erstmals ist das Bundesumweltministerium mit Telefax vom 24. April 1998 von den in Valognes festgestellten konkreten Kontaminationen über die französischen Behörden informiert worden. Am 19. Mai 1998 wurde das Bundesumweltministerium von den erhöhten Kontaminationen an Transportbehältern in Sellafeld durch das niedersächsische Umweltministerium informiert.

Ich habe es in diesen Tagen auch noch mit einer völlig absurden Diskussion zu tun. Es wird ein vermeintlicher Widerspruch zwischen den Aussagen mancher Wissenschaftler oder Techniker und den Aussagen des Bundesumweltministeriums herbeigeredet. Einen solchen Widerspruch gibt es nicht.

Es trifft zwar zu, daß das in der Wissenschaft erörterte Problem möglicher Kontaminationen bei Brennelementtransporten, die erst zu einem späteren Zeitpunkt festgestellt werden können, in Fachkreisen bekannt war. Weil sich aber bei allen bekannten Kontrollmessungen keine Grenzwertüberschreitungen ergeben haben, war dies für die Aufsichtsbehörden in Frankreich, Großbritannien und der Schweiz kein Anlaß für zusätzliche Nachforschungen. Die in Deutschland von den Aufsichtsbehörden der Länder und den EVU durchgeführten Messungen in den Kernkraftwerken wie auch die Kontrolle durch das EBA haben das bestätigt. Was läuft denn nun eigentlich tatsächlich ab?

In der Zuständigkeit der Bundesländer

Messungen an Behältern und Waggons werden vor der Verladung in der Zuständigkeit der Bundesländer vorgenommen. Hierbei haben sich keine Hinweise auf

Kontaminationen ergeben. Während des Transports führt das Eisenbahnbundesamt auf Bahnhöfen stichprobenartig Messungen an Behältern und Waggons durch. Auch hierbei haben sich keine Hinweise auf Kontaminationen ergeben.

Somit wurde in Deutschland keine Realisierung eines Phänomens festgestellt, wonach die Möglichkeit einer Grenzwertüberschreitung im Verlaufe eines Transportes bestehe. Daraus folgt:

Erst durch die Messungen bei der Umladung auf französischer Seite konnte eine Realisierung der bestehenden Möglichkeit einer Grenzwertüberschreitung festgestellt werden. Sowohl die französische Seite als auch die durch sie unterrichteten Energieversorgungsunternehmen haben es aber unterlassen, den zuständigen Behörden in der Bundesrepublik Deutschland ihre Kenntnisse über diese Messergebnisse zu übermitteln.

Fazit: Das Bundesumweltministerium hat unmittelbar nach Kenntnis der Vorgänge von sich aus die Öffentlichkeit informiert. Das Bundesumweltministerium hat vor dem 24. April 1998 keine Informationen über die in Valogne festgestellten konkreten Kontaminationen über die französischen Behörden gehabt. Das Bundesumweltministerium ist seiner Sorgfalts- und Aufsichtspflicht nachgekommen.

Nach den nunmehr vorliegenden konkreten Kenntnissen sind wir jetzt in der Lage zu handeln und das Problem zu lösen. Deshalb habe ich vorgestern einen 10-Punkte-Plan der nächsten Schritte und Maßnahmen vorgelegt, der konsequent und strikt umgesetzt werden muß:

1. Vorlage eines Untersuchungsberichtes über die dem Bundesumweltministerium seit dem 24. April 1998 bekannten Vorkommnisse durch die Gesellschaft für An-

lagen- und Reaktorsicherheit (GRS). Es ist im übrigen mehr als merkwürdig, wenn auf der einen Seite die Opposition die Unabhängigkeit der GRS anzweifelt, mich auf der anderen Seite aber beispielsweise mein Kollege Bartenstein aus Österreich vor einigen Tagen dringend gebeten hat, Experten der GRS nach Österreich zur Unterstützung der Prüfung der Sicherheitsauflagen für das slowakische Atomkraftwerk Mochovce zu entsenden. Das sei nur am Rande bemerkt. Prüfung möglicher Konsequenzen, sollte es Defizite bei der Durchführung der geltenden Kontrollmessungen durch die Länder-Aufsichtsbehörden und das Eisenbahnbundesamt gegeben haben.

2. Anweisung an das Bundesamt für Strahlenschutz, künftig in allen Genehmigungen durch Auflagen sicherzustellen, daß Rückmeldungen der Energieversorgungsunternehmen bzw. Kernkraftwerksbetreiber an die deutschen Aufsichtsbehörden (Länderbehörden und Eisenbahnbundesamt) über mögliche Kontaminationen erfolgen.

3. Einführung eines Informationsaustauschsystems zwischen Deutschland und Frankreich sowie Deutschland und Großbritannien.

4. Überprüfung der inneren Organisationsstruktur in den Kernkraftwerken durch die Bundesländer.

5. Veränderung der Aufgaben- und Verantwortungsstruktur des Transportsystems durch ein belastbares neues Organisationskonzept der deutschen Energieversorgungsunternehmen.

6. Vorlage, Bewertung und Umsetzung der Vorschläge der Energieversorgungsunternehmen zu technischen Maßnahmen, um in Zukunft eine Überschreitung

der zulässigen Grenzwerte zu vermeiden.

7. Veröffentlichung und Auswertung aller seit 1995 vorgenommenen Messungen von Brennelementtransporten durch das Eisenbahnbundesamt und der Meßprotokolle der Landesaufsichtsbehörden.

8. Prüfung möglicher rechtlicher Schritte gegen Verantwortliche.

9. Fortgelten des verhängten Stopps von Transporten bestrahlter Brennelemente ins Ausland und im Inland.

Ich werde ich mit den Länderumweltministern und -atomaufsichtsministern die die Länder betreffenden Punkte des 10-Punkte-Plans erörtern. Niemand darf sich aus seiner Verantwortung stehlen. Deshalb habe ich auch die Länder aufgefordert, sämtliche Meßprotokolle über die Eingangs- und Ausgangskontrollen in den Kernkraftwerken im Zusammenhang mit den Transporten bestrahlter Brennelemente ins Ausland und im Inland zu übersenden. Die Stromerzeuger habe ich mit Schreiben aufgefordert, mir bis zum 3. Juni ihre Vorschläge über technische und organisatorische Maßnahmen zuzusenden.

Angesichts dieser Fakten und des bisherigen Erkenntnisstandes kann ich mich nicht mehr des Eindrucks erwehren, daß der konkrete Fall der Grenzwertüberschreitungen bei Transporten nach Frankreich manchen ganz gelegen kommt, um dieses Problem für ganz andere Zwecke zu instrumentalisieren:

Erstens will man offensichtlich den Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie mit allen Mitteln herbeizwingen – notfalls auch mit Unwahrheiten und um jeden Preis, weil man natürlich kühl kalkuliert, daß Meldungen über nicht zu billigende Grenzwertüberschrei-

tungen Ängste auslösen und zwischen Verunreinigungen und realer Gefahr kaum noch unterschieden wird. Das ist eine zutiefst verantwortungslose Politik. Und zweitens geht es doch eigentlich nur noch um Wahlkampf, wenn man Herrn Fischer in seiner Pressekonferenz förmlich den inneren Drang ansieht, dieses Vorkommnis zu nutzen, um von eigenen Desastern wie Beschlüssen zum Ausstieg Deutschlands aus der NATO oder der Erhöhung des Benzinpreises auf 5,00 DM abzulenken.

Aber genau dieses Verhalten führt uns sogar noch zu einem entscheidenden Punkt beim Umgang mit Hochtechnologien. Klar ist: Der Umgang mit Hochtechnologien fordert klare Grenzwerte und Richtlinien zur Vermeidung von Sicherheits- bzw. Gesundheitsrisiken. Überschreitungen und Nichteinhaltungen müssen konkret kontrolliert und im Zweifelsfall umgehend abgestellt werden. Weil aber nicht jedes theoretisch denkbare physikalische Phänomen absolut im Vorfeld ausgeschlossen werden kann, gibt das Kriterium der Sicherheitsrelevanz ein Handlungsraaster vor, nach dem etwa mit Hilfe von Messungen Risiken eingeschätzt, bewertet und unterschieden werden können. So wird es möglich, daß man weder einen Staat völlig bewegungs- und handlungsunfähig macht, noch daß man über bestimmte Vorkommnisse und Erscheinungen einfach hinwegsieht oder sie gar billigend in Kauf nimmt.

Untrennbar hiermit verbunden ist das Gebot der Transparenz – das heißt in diesem Fall Offenlegung und Austausch konkreter Meßergebnisse.

Und schließlich gehört zu einer verantwortungsvollen Einschätzung des in diesem Fall von den Energieversorgungsunternehmen eingeräumten Versäumnisses bei der Übermittlung von Informationen über Meßergebnisse beim Transport abgebrannter Brennelemente für mich auch

noch folgendes: Es darf keine Pauschalverurteilung vorgenommen werden. Deshalb muß dieser Sachverhalt in den Gesamtzusammenhang der Entsorgung radioaktiver Abfälle und der friedlichen Nutzung der Kernenergie eingeordnet werden. Es gehört zu meiner Verantwortung als Umwelt- und Reaktorsicherheitsministerin, dies genauso deutlich zu machen, wie – gerade wegen der verständlichen Ängste der Menschen – die notwendigen Schritte zur Klärung des konkreten Problems weiter voranzubringen. Ich habe diese Verantwortung auch und gerade in bezug auf das Engagement deutscher Unternehmen zur Verbesserung der Sicherheitskonzeption von Kernkraftwerken in Mittel- und Osteuropa. Denn dort – und das sollte trotz der Vorkommnisse in Frankreich nicht vergessen werden – liegen die wahren Gefahren durch die Kernenergie.

Das Entsorgungskonzept muß weiterentwickelt werden

Auf dieser Grundlage kann im Umgang mit der Kernenergie in Staat und Politik verantwortungsbewußt gehandelt werden. Auf dieser Grundlage kann das Vertrauen der Menschen in die Sicherheit und die Verantwortbarkeit der Nutzung und Anwendung von Hochtechnologien wie der Kernenergie erhalten oder wiederhergestellt werden. Aber dabei kommen wir noch um eines nicht herum: Das 1979 zwischen Bund und Ländern vereinbarte Entsorgungskonzept muß weiterentwickelt werden. Ein parteiübergreifender Konsens wäre Grundvoraussetzung für Vertrauen bei der Nutzung der Kernenergie. Er würde dazu beitragen, nicht nur die Vorkommnisse ohne falsche Verdächtigungen und Behauptungen rückhaltlos aufzuklären, sondern sie auch in den Gesamtzusammenhang redlich einzuordnen – denn auch das ist meine Aufgabe.

Bundeskanzler Helmut Kohl:

Unsere Reformpolitik entlastet den Mittelstand

Daß die Debatte über den Status und über den Mittelstand unseres Landes eine zentrale Frage ist und eine zentrale Debatte verdient, ist Gott sei Dank unbestritten. Wir sind gemeinsam der Meinung, daß eine wirklich gelebte soziale Marktwirtschaft ohne einen lebensfähigen Mittelstand nicht denkbar ist.

Der Mittelstand ist der größte Arbeitgeber. Zwei Drittel unserer Arbeitnehmer finden dort Arbeit und Brot.

Für mich ist ganz besonders wichtig: Der Mittelstand ist der wichtigste Ausbilder der Nation. Vier Fünftel aller Lehrstellen, das heißt, vier Fünftel der jüngeren Generation außerhalb des akademischen Bereichs werden dort ausgebildet und finden Zukunft.

Der Mittelstand ist der bedeutendste Steuerzahler. Was vielleicht noch sehr viel wichtiger ist: Dieser Mittelstand ist gerade in der Gesellschaftsordnung der sozialen Marktwirtschaft eine Form gesellschaftlichen Lebens, wo sich in einer ungewöhnlich glücklichen Weise die Fähigkeit des Zusammenlebens von Arbeitgeber und Arbeitnehmer täglich zeigt, und zwar in einer ganz modernen Form.

In diesen Betrieben muß man keine Diskussionen über Leistungsbereitschaft und Leistungswille führen; denn ohne Leistungsbereitschaft und Leistungswille gäbe es diese Betriebe nicht. Die Inhaber vieler dieser Betriebe haben nicht eine Arbeitszeitordnung, wie es in manchen anderen Bereichen kodifiziert ist. Vielmehr geht es bei vielen einfach darum, den Betrieb aufrecht zu erhalten.

Besondere Beziehung

Was ich immer als besonders glücklich empfinde: Es gibt eine sehr persönliche Bindung und Beziehung zwischen Arbeitgeber – in vielen Fällen, nicht immer – und dem Arbeitnehmer.

Der französische Begriff „patron“ läßt etwas davon offenbar werden. Es hat nichts onkelhaftes an sich, sondern hat etwas mit Beziehung zu tun. Wenn man weiß und miterfährt, kann man sagen: Wenn mittelständische Betriebe in große Schwierig-

Aus der Rede des Bundeskanzlers in der Mittelstandsdebatte des Deutschen Bundestages am 28. Mai

keiten geraten, etwa Arbeitnehmer entlassen müssen, dann ist schon die Tonart im Umgang miteinander völlig anders, als man das leider in manchen deutschen Großbetrieben auch im Fernsehen beobachten kann. Nirgendwo in der Gesellschaft findet sich auch eine so persönliche Bindung an die Region, oder genauer gesagt, an die Heimat.

Es ist ja kein Zufall, daß sich gerade in der kommunalen Politik quer durch die Rathäuser Deutschlands viele Männer und Frauen aus dem Mittelstand in allen Parteien finden, die sich hier in einer besonderen Weise engagieren. Sie haben nicht einen Fünfjahresvertrag, sondern einen Lebensvertrag. Insoweit haben sie auch eine persönliche Bindung. Eine solche Bindung besteht auch zwischen ihnen und den Arbeitnehmern in ihrem Betrieb. Daher

haben wir allen Grund, diesen Männern und Frauen unseren besonderen Respekt zu erweisen. Dem will ich gleich ein Wort des Dankes anfügen. Was mich immer wieder ganz besonders beeindruckt, ist ihre Bereitschaft, in Generationen zu denken. Wer in Generationen denkt, ist auch fähig, an die nachwachsende Generation zu denken.

Lehrstellen im Mittelstand

Damit sind wir schon mitten in der Diskussion, die wir Jahr für Jahr zum Thema Lehrstellen führen. Ohne die Bereitschaft des Mittelstandes – des Einzelhändlers genauso wie des Freiberuflers oder des Handwerkers – wäre es überhaupt nicht möglich, Jahr für Jahr über 600.000

Lehrstellen jungen Leuten zur Verfügung zu stellen. Wer sich so wie ich persönlich seit vielen Jahren in dieser Frage engagiert, kann ermesen, was es heißt, wenn in einer Diskussion bei einer Handwerkskammer oder bei einer IHK gesagt wird, man müsse die Zahl der Ausbildungsplätze in diesem Jahr erhöhen, man sich dann die Leute anschaut und erklärt, man würde ein paar Auszubildende mehr aufnehmen.

Das liegt daran, daß sie eine persönliche Verpflichtung, eine Bindung jungen Leuten gegenüber empfinden. Deswegen verdienen alle, die das tun, unsere besondere Sympathie und Unterstützung. Aber sie verdienen es überhaupt nicht, mit einer Sondersteuer belegt zu werden. Natürlich weiß ich auch, daß dieses Zurverfügungstellen von Lehrstellen immer wieder auch einen gewissen Einsatz und eine gewisse Aktivität notwendig macht. Würden wir da alle mehr zusammenarbeiten und würde nicht der eine oder andere dieses Werk mit Hämme verfolgen, dann wäre es sehr viel leichter.

Koalition hat gehandelt

Innovative mittelständische Unternehmen und Existenzgründungen sind die Voraus-

setzungen für Wachstum und Beschäftigung. Wachstum und neue Arbeitsplätze sind ohne eine dynamische Entwicklung des Mittelstandes in Deutschland überhaupt nicht denkbar; deswegen war die Politik der Koalition und der Bundesregierung immer auf dieses Ziel ausgerichtet. Soweit unsere Mehrheit dies zugelassen hat, haben wir die dafür notwendigen Entscheidungen getroffen. Beispielsweise die Neuregelung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Allein im Handwerk werden fast 50 Prozent der Betriebe die neuen Möglichkeiten an. Das heißt, sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

Sie von der SPD haben jetzt erklärt, daß Sie diese Reformen zurücknehmen werden. Dabei ist es allerdings etwas sonderbar, daß Sie auf der einen Seite erklären, es sei überhaupt nichts geschehen, Reformen fänden nicht statt, und auf der anderen Seite die nicht stattgefundenen Reformen wieder zurücknehmen wollen. Welche Verhetzungen es im Bereich der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall in den vergangenen Jahren gegeben hat, spottet wirklich jeder Beschreibung. Sie wissen so gut wie ich, daß wir damit eine Entlastung in der Größenordnung von 20 Milliarden DM möglich machten. Sie wissen so gut wie ich, daß neben anderen Gründen auch diese Regelung dazu geführt hat, daß sich in Deutschland die Situation der Krankenstände und vieles andere mehr wesentlich verbessert hat.

Reformen waren richtig

Ich erinnere noch an ein anderes Beispiel: Vor dem Hintergrund der Veränderungen beim Kündigungsschutz ist der Zusammenbruch des Sozialstaates an den Horizont gemalt worden. Es ist doch wahr – auch das gehört in diese Bilanz –, daß im Handwerk bis jetzt bereits über 20.000 neue Arbeitsplätze geschaffen wurden. Aus den jüngsten Umfragen des Hand-

werks selbst ergibt sich, daß rund 40 Prozent der Handwerksbetriebe zusätzliche Mitarbeiter einstellen wollen. Deswegen waren die Reformen richtig. Wenn Sie jetzt sagen, Sie nehmen sie zurück, dann sagen Sie bitte dazu, daß Sie damit die Arbeitslosigkeit in Deutschland vermehren.

Gründer fördern

Es ist hier schon viel von den Existenzgründern gesprochen worden. Wir stimmen zumindest in dem Punkt überein, daß die zukünftige Entwicklung in unserem Land entscheidend von denen in der Gesellschaft beeinflußt werden, die bereit sind, das Wagnis einer Existenzneugründung auf sich zu nehmen. Die Bundesregierung und die Koalition haben in diesem Bereich eine ganze Menge auf den Weg gebracht.

Ich will in diesem Zusammenhang erwähnen, daß in den letzten Jahren ein enormes Interesse an der Nutzung des Meister-BAföGs zu verzeichnen ist. Wenn Sie die Ausgaben der öffentlichen Hand im universitären Bereich für Studenten mit den Ausgaben im Handwerksbereich für die Meisteranwärter vergleichen, dann kommen Sie zu dem Schluß, daß die Einführung des Meister-BAföGs überfällig war. Die Lohnkostenzuschüsse für Existenzgründer zeigen Wirkung. Im Gegensatz zu dem, was eben hier gesagt wurde, haben wir jungen Unternehmen den Gang an die Börse und die Aufnahme von Beteiligungskapital erleichtert. Die Substanzsteuern auf Gewerbekapital und -vermögen wurden abgeschafft.

Insgesamt ist doch erkennbar, daß diese Reformpolitik das wirtschaftliche Klima verbessert hat. Wir sind zwar noch nicht so weit, wie ich es mir wünsche, aber es hat doch eine wesentliche Verbesserung gegeben. Wir müssen dafür Sorge tragen, daß diejenigen, die die Selbständigkeit wagen wollen, auch die notwendige Unterstützung in der Gesellschaft bekommen.

Soziale Politik

Fast alle hier im Saal haben bei Meisterfreisprechungsfeiern bei der Industrie- und Handelskammer und den Handwerkskammern junge Leute mit bester Qualifikation erlebt, die auch durchaus bereit waren, sich selbständig zu machen, und zwar nicht nur, indem sie den väterlichen Betrieb übernehmen, sondern auch, indem sie selbst eine Existenzgründung wagen.

Aber wenn Sie die gleichen jungen Leute ein Jahr später treffen und mit ihnen über ihre Erfahrung auf diesem Weg reden, erhalten Sie zutiefst deprimierende Antworten. Deswegen müssen wir alles tun, daß hier ein Umdenken stattfindet. Das haben wir, soweit es die öffentliche Hand und den Bund betrifft, auf allen Feldern getan. Trotz aller Schwierigkeiten ist offenbar, daß die Zeichen der wirtschaftlichen Entwicklung für den Mittelstand in Deutschland günstig sind. Die Reformarbeit trägt Früchte. Der Aufschwung gewinnt an Breite. Es ist nicht zu leugnen, daß dies eine soziale Politik ist.

Das zeigt sich vor allem in der Preisstabilität. Eine Preissteigerung von nur rund 1 Prozent ist Sozialpolitik für die Leute mit kleinem Einkommen. Die Tatsache, daß die Zinsen so sind, wie sie sind, nämlich auf dem niedrigsten Niveau seit Bestehen der Bundesrepublik, ist eine hervorragende Botschaft für die Investitionen, nicht zuletzt im Bereich des Wohnungsbaus.

Wir werden den Wählern in Deutschland sagen: Die Brücke zum 21. Jahrhundert ist sicher und stabil gebaut. Aber es kostet Anstrengung, von dieser Zeit in die andere zu kommen. Wer etwas anderes sagt, belügt die Wähler. Daran beteiligen wir uns nicht. Das wird sich zeigen.

Das Zukunftsprogramm der Union

Garant für eine positive Entwicklung des Mittelstands

Zu der herausragenden Bedeutung des Mittelstands für die deutsche Wirtschaft erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher des Bundesvorstandes, Bundesminister Matthias Wissmann:

Mittelständische Unternehmen, die sich im Wettbewerb der Marktwirtschaft behaupten und bewähren, bilden die solide Basis des wirtschaftlichen Erfolgs der Bundesrepublik Deutschland.

Der Mittelstand ist und bleibt das Rückgrat unserer Wirtschaft. Er zahlt 60% der Steuern und stellt 80% unserer Ausbildungsplätze. Der Mittelstand erwirtschaftet fast die Hälfte unseres Sozialprodukts und ist der Motor für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

So sind in Westdeutschland in den kleineren und mittleren Betrieben zwischen 1987 und 1996 zwei Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden, während in Großunternehmen in diesem Zeitraum 500.000 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Insgesamt arbeiten fast 20 Millionen Arbeitnehmer in Betrieben mit weniger als 500 Mitarbeitern. Damit ist der Mittelstand in Deutschland der größte Arbeitgeber.

Wir wissen: Die große Anzahl der mittelständischen Unternehmen ist ein wesentlicher Vorzug Deutschlands im internationalen Standortwettbewerb. Deshalb startet die Union mit ihrem Zukunftsprogramm eine Offensive für Existenzgründer und einen selbständigen Mittelstand. Zentrales Anliegen unserer Mittelstandspolitik wird es auch künftig sein, den mittelständischen

Unternehmen ein Maximum an Entfaltungsmöglichkeiten zu geben, damit sie ihren entscheidenden Vorzug, nämlich Kundennähe, Flexibilität und Service, voll zum Tragen bringen zu können.

An erster Stelle unserer Mittelstands-offensive steht die Umsetzung der großen Steuerreform bei Lohn- und Einkommensteuer mit einem Nettoentlastungsvolumen von 30 Milliarden DM für alle Einkommensgruppen. Im Gegensatz zur SPD, die mit der Wiedereinführung der Vermögensteuer und der Einführung einer Mindeststeuer insbesondere beim Mittelstand abkassie-

Das SPD-Programm ist Ausdruck alten Denkens, ein großes Umverteilungsprogramm, das einseitig nur die Unternehmen, insbesondere den Mittelstand belastet.

ren will, sieht das Zukunftsprogramm der Union eine wesentliche Steuer- und Abgabenentlastung der deutschen Wirtschaft und vor allem des Mittelstands vor. Eine solche Steuerentlastungsstrategie wird die Dynamik unserer Wirtschaft verstärken und Hunderttausende neuer Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen auch nicht – wie dies SPD und Grüne zusammen vorhaben – acht neue Steuer- und Abgabenarten einführen: nationale Energiesteuer, Kerosinsteuer, Devisensteuer, Vermögensteuer, Schwerverkehrsabgabe, Lastenaus-

gleichsabgabe, Ausbildungsabgabe und Mindeststeuer.

Wir brauchen stattdessen eine neue Kultur der Selbständigkeit. Wir werden deshalb Unternehmensgründungen leichter machen. Ansatzpunkte hierfür sind insbesondere

- Information, Beratung und Genehmigungserteilung aus einer Hand,
- Abbau überflüssiger Vorschriften und statistischer Meldepflichten sowie Zusammenfassung des komplexen Umweltrechts zu einem Umweltgesetzbuch.

Wir werden die Förderung von Existenzgründern und mittelständischen Unternehmen auf hohem Niveau fortsetzen. Dafür stehen 1998 und 1999 bereits Finanzhilfen in Form von Darlehen der ERP-Sondervermögens von 13 Milliarden zur Verfügung.

Wir werden die Voraussetzungen für Wagniskapital entscheidend verbessern, u.a.

- durch ein spezielles Börsensegment für junge, innovative Unternehmen,
- eine Verbesserung der Rahmenbedingungen der Märkte für Beteiligungskapital im vorbörslichen Bereich und beim Gang an die Börse,
- ein umfassendes Beratungs-/Unterstützungsangebot für Unternehmen in der Gründungsphase und
- den Aufbau von Informations- und Maklerbörsen für kapitalsuchende Unternehmen.

Wir wollen auch die Zahlungssicherheit für Mittelstands- und Handwerksunternehmen verbessern. Als Maßnahmen zur Bekämpfung der schlechten Zahlungsmoral kommen

- eine Überprüfung der Erhöhung der Verzugszinsen,
- Überbrückungskredite der Deutschen Ausgleichsbank bei Zahlungsverzögerungen,

● die Einrichtung zentraler Mahngerichte und -verfahren in den neuen Bundesländern sowie

● die Verbesserung der Kommunalaufsicht bei Zahlungsausfällen und -verzögerungen durch kommunale Auftraggeber in Frage.

Die Maßnahmen unseres Zukunftsprogramms sind die Basis für eine erfolgreiche Zukunft der kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert.

Dagegen sind die im SPD-Programm erhaltenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen Gift für den Mittelstand und gefährden Tausende von Arbeitsplätzen.

Notwendige Reformen, die die Union zur Entlastung des Mittelstands durchgesetzt hat, wie die Kürzung der Lohnfortzahlung, die Einschränkung des Kündigungsschutzes und die Rentenreform will die SPD rückgängig machen.

Das SPD-Programm ist Ausdruck alten Denkens, ein großes Umverteilungsprogramm, das einseitig nur die Unternehmen, insbesondere den Mittelstand belastet. Die SPD hat sich allen steuerlichen Entlastungen des Mittelstands in dieser Legislaturperiode entgegengestellt und wird es auch künftig tun.

Von einem SPD-Konzept für den Mittelstand kann also keine Rede sein. Und so ist es auch nicht weiter erstaunlich, daß im Deutschen Bundestag anläßlich der heutigen großen Mittelstandsdebatte vom Kanzlerkandidaten der SPD, Gerhard Schröder, nichts zu sehen, geschweige denn zu hören war. Ein bißchen mehr als ein virtuelles Mittelstandskonzept dürfte Schröder schon anbieten. Es bleibt dabei: Wenn es darauf ankommt, zu wichtigen Fragen wie der Ausbildungsplatzabgabe oder zur Unternehmensbesteuerung Stellung zu nehmen, ist die Pirouette Schröders Programm! ■

Wichtige Voraussetzungen für den 2. Strukturwandel geschaffen

In der Bundestagsdebatte des Deutschen Bundestages zum Aufbau Ost am 28. Mai führte der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen CDU-Bundestagsabgeordneten, Paul Krüger, u. a. folgendes aus:

Von seiten der Opposition ist ein Szenario über die Situation in den neuen Ländern gezeichnet worden, das nicht der Wirklichkeit entspricht. Zu einer realistischen Einschätzung des Erreichten in den letzten acht Jahren kommt man nur, wenn man eine Analyse der Ausgangsbasis vornimmt.

Kurz vor dem Fall der Mauer skizzierte der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR, Gerhard Schürer, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft so:

„Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet ist . . . gegenwärtig auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt.“

Die Untersuchung Schürers bietet einen anschaulichen Überblick über die desolate Situation der Wirtschaft in der DDR. Sie ist praktisch eine schonungslose Bankrotterklärung. Wie anders soll man es nennen, wenn Schürer erklärt, daß eine Verbesserung der Situation nur möglich wäre bei Absenkung des Lebensstandards um 30%? Jeder sollte sich diese Alternative gelegentlich vor Augen führen.

Ähnlich hohe Arbeitsplatzdichte wie im Westen

Wenn wir die seit damals erreichten Leistungen gelegentlich wiederholt darstellen, dann nur, um das irrealer Bild richtig zu stellen, das die Opposition hier immer wieder zeichnet.

Die größte Leistung ist die ähnlich hohe Arbeitsplatzdichte wie in den alten Ländern. Es ist ein Gebot der Ehrlichkeit zu sagen, daß natürlich in erster Linie die großartigen Leistungen der Menschen in Ost und West dafür verantwortlich sind:

- Die Aufbauleistungen der Menschen in den neuen Ländern und
- die solidarische Bereitschaft der Bevölkerung in den alten Ländern.

Es ist dann aber auch festzustellen, daß die Politik der Bundesregierung und der sie tragenden Koalitionsparteien eine gute Grundlage für die zu verzeichnenden Erfolge darstellen.

Trotz aller Erfolge im Aufbau Ost ist das Hauptproblem seit der Wiedervereinigung, daß es nicht gelungen ist, ausreichende Arbeitsplätze für diejenigen, die Arbeit suchten und brauchten, zur Verfügung zu stellen. Deshalb wurde die Entwicklung in den neuen Bundesländern in enormen Umfang mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen begleitet.

Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze nutzen

Dabei ist unsere Auffassung, daß die größtmögliche Solidarität mit den Arbeitssuchenden übt, wer die vorhandenen Chancen für zusätzliche Arbeitsplätze auf dem regulären Arbeitsmarkt am wirkungsvollsten nutzt. An diesem Ziel hat sich nicht nur die Wirtschafts- und Tarifpolitik der Tarifvertragsparteien, sondern auch die aktive Arbeitsmarktpolitik auszurichten. Wichtig ist, daß die Maßnahmen die betroffenen Menschen nicht nur finanziell absichern, sondern für sie auch persönlich sinnvoll sind, indem sie ihnen zusätzliche, für den Ar-

beitsmarkt nützliche Qualifikationen vermitteln, indem sie ihnen soziale Anerkennung durch Arbeit ermöglichen, und vor allem, indem sie ihnen – wo irgend möglich – neue berufliche Perspektiven auf dem regulären Arbeitsmarkt erschließen:

- Das im April letzten Jahres in Kraft getretene Arbeitsförderungsreformgesetz mit seiner Orientierung auf den regulären Arbeitsmarkt hat diesbezüglich wichtige Verbesserungen geschaffen.

- Als besonders erfolgreich hat sich der besondere Lohnkostenzuschuß für die ostdeutschen Unternehmen erwiesen. Allein dank dieses Instruments ist noch im Laufe des Jahres 1998 mit rund 150.000 Beschäftigungsverhältnissen in der Wirtschaft zu rechnen.

- Wir fordern ausdrücklich die Kommunen und alle anderen Träger öffentlicher Aufgaben auf, die in den vielfältigen neuen Instrumentarien gegebenen Spielräume bei arbeitsmarktfördernden Maßnahmen möglichst rasch und vollständig auszuschöpfen.

Phase der Stabilisierung und des Wachstums

Nach dem Strukturwandel der letzten Jahre, der den Menschen viel abverlangt hat, treten wir nun in die Phase der Stabilisierung und des Wachstums.

Die SPD spricht heute von Stillstand – und wird von der Wirklichkeit sofort widerlegt. Das Handelsblatt titelt heute: „So freundlich war das Klima in der Ost-Industrie noch nie“ und weist dies anhand konkreter Zahlen auch nach.

Beispiele:

- Die Wachstumsindikatoren im verarbeitenden Gewerbe (Industrie) sind bereits seit 1996 kontinuierlich äußerst positiv. Produktionswachstum: 1997 ca. 10%; 1. Quartal 97/1. Quartal 98 ca. 20%

- Wachstum bei chemischer Industrie, metall- und kunststoffverarbeitende Industrie, bei Maschinen- und Fahrzeugbau, bei Elektrotechnik

- Wachstum bei Außenhandelsumsätzen von 30 bis 40%

- Wachstum bei innovativen, wertschöpfenden Dienstleistungen.

In vielen Bereichen verzeichnen wir derzeit jährlich zweistellige Zuwächse in der Arbeitsproduktivität. Diese Steigerung der Arbeitsproduktivität verhindern derzeit aber, daß das Wachstum zu mehr Arbeitsplätzen führt.

Wir brauchen aber in den neuen Bundesländern wohl eher mehr Arbeitsplätze als in den alten Ländern:

- Nachfrage nach Arbeit größer,

- die Menschen sind nach 40 Jahren Sozialismus auf Arbeit angewiesen. Sozialismus hat die Menschen arm gemacht, und Arbeit ist meist die einzige Erwerbsquelle.

Deshalb müssen wir in den neuen Bundesländern mehr Arbeitsplätze schaffen, um den Aufholprozeß der Menschen bezüglich der schrittweisen Angleichung der Lebensbedingungen weiter erfolgreich gestalten zu können.

Ausstieg der Gewerkschaften

Der Ausstieg der Gewerkschaften aus dem „Bündnis für Arbeit Ost“ bedeutet deshalb auch eine Entsolidarisierung von den Interessen der Menschen in den neuen Bundesländern.

Man fragt sich:

- Warum diese Entsolidarisierung der Gewerkschaften von den Arbeitslosen?

- Warum werden die offensichtlichen Erfolge beim Aufbau Ost permanent durch die Opposition schlecht geredet?

- Warum werden viele Vorschläge der Regierungskoalition, die zu mehr Wachs-

tum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern führen, durch die SPD im Bundesrat blockiert?

PDS-Widerstand gegen den Erfolg der Einheit

Die Opposition darf der Regierung in keinem Bereich Erfolge anerkennen. Wegen des eigenen Machtanspruchs darf die Regierung nicht erfolgreich sein. Der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hat recht mit der Aussage:

„Die PDS ist der organisierte Widerstand gegen den Erfolg der Einheit.“

Die SPD reiht sich nunmehr in diesen Widerstand ein und verläßt wegen des eigenen Machtanspruchs die Solidarität mit Ostdeutschland. Dabei wird auch das Nichtentstehen von Arbeitsplätzen in Kauf genommen.

Allen ist klar: Wir brauchen dringend mehr Arbeitsplätze in Ostdeutschland.

Arbeitsplätze entstehen durch:

- Investitionen
- Infrastruktur
- Initiative (Existenzgründungen)
- Innovationen.

In einem der zahlreichen Anträge der SPD ist sie auch auf diese Komplexe eingegangen. Leider bleibt ihr Antrag sehr fragmenthaft und erweckt den Eindruck, daß sie entweder nicht weiß, was bereits für die neuen Länder auf den Weg gebracht wurde, oder auch nur teilweise das fordert, was bereits läuft.

In vielen Fällen hat sie auch das, was sie jetzt fordert, verhindert und tut dies teilweise noch heute. Deshalb darf ich einiges nochmals in Erinnerung rufen: Die SPD fordert u. a.

- Lohnkostenzuschüsse – sie hat lange blockiert
- Vermögensbeteiligung – und blockiert sie

● innovative Technologien – und ist gegen den Transrapid.

Die Liste könnte man beliebig fortsetzen.

34 Mrd DM Investitionszulagen

Unser Programm bedeutet „Investitionszulagen“ 1999–2004; das Gesamtvolumen beträgt ca. 34 Mrd. DM. Es stellt eine verlässliche Basis dar. Investitionen bleiben auf hohem Niveau und sind seit 1994 bis heute etwa konstant:

- alte Bundesländer ca. 8 TDM je Einwohner
- neue Bundesländer ca. 12 TDM je Einwohner

Ein Ländervergleich West-Ost zeigt: CDU-regierte Länder haben die höchsten Investitionsquoten. SPD-regierte Länder haben dagegen die niedrigsten Investitionsquoten. Der Trend bei Arbeitsplätzen ist diametral umgekehrt!

Zu Innovationen: Es besteht Einigkeit, daß weiterhin enormer Handlungsbedarf nötig ist (Basis für Wachstum von Unternehmen/überregionale Märkte). Wort und Tat stimmen bei der SPD allerdings nicht überein:

● Die SPD hat nicht zur Kenntnis genommen unser umfangreiches Programm von Maßnahmen bis hin zu neuen Möglichkeiten der Wagnisfinanzierung (3. Finanzmarktfördergesetz)

● Die von uns vorgeschlagene „Innovationszulage“ ist leider auch durch die SPD-Finanzminister und -Wirtschaftsminister der neuen Länder abgelehnt

Allgemeine Forderungen nach mehr Innovationen werden in den SPD-regierten Ländern konterkariert:

Beispiel 1: das Technologieförderungsprogramm Niedersachsen umfaßte 1996 23 Mio. DM. (versprochen vor der Wahl: 400 Mio. DM). Zum Vergleich: Der Bund stellt in Niedersachsen jährlich rund 340 Mio.

Gesetz zur DNA-Identifizierung wird eine wertvolle Hilfe sein

Zur 1. Lesung des Gesetzentwurfs zur DNA-Identitätsfeststellung erklärten der rechtspolitische Sprecher und der Berichterstatter der Unionsfraktion, Norbert Geis und Ronald Pofalla:

Das Gesetz zur DNA-Identitätsfeststellung wird die Ermittlungen gegen Sexualstraftäter erheblich erleichtern und schneller als bisher zum Erfolg führen. Der jetzt gelöste Fall der ermordeten Christina Nytsch zeigt, daß gerade bei den häufig vorhandenen Vortaten, auch wenn sie sich auf einer niedrigeren Stufe krimineller Energie bewegen, mit Hilfe einer Gen-Datei schneller und vor allem mit geringerem Aufwand und ohne die Einbeziehung tausender Unschuldiger hätte gelöst werden können.

Nach dem Gesetzentwurf darf die Genanalyse zur Identitätsfeststellung auch durchgeführt werden bei Tätern, deren Verfahren vor Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen wurde oder deren Verfahren zur Zeit noch andauert.

Das Gesetz wird die Verfügbarkeit von Daten in ihrer Basis verbreitern und in ihrer Dauer verlängern.

Die Union wird alles daransetzen, die Beratungen noch vor der Sommerpause mit der 2. und 3. Lesung abzuschließen. Das Gesetz ist zu trennen von der Einrichtung der Gen-Datei beim Bundeskriminalamt. Diese beruht auf dem BKA-Gesetz. Lediglich bei der Erhebung neuer Daten ist nunmehr eine Ausdehnung nach den strengen Regeln der Strafprozeßordnung vorgesehen.

DM für Forschung und Entwicklung (F+E) und Großforschungseinrichtungen bereit.

Beispiel 2: Förderung von jungen Unternehmen mit Risikokapital durch die Mittelständischen Beteiligungsgesellschaften der Länder zum 31.12.1996: Niedersachsen 19 ausbezahlte Beteiligungen (9,7 Mio. DM) – Sachsen: 158 ausbezahlte Beteiligungen (125 Mio DM)

Bei uns war und ist der Aufbau Ost Chefsache

Und dann noch ein Vorschlag von der SPD: Sie will den Aufbau Ost zur Chefsache machen.

Endlich hat das auch sie begriffen. Bei uns war und ist der Aufbau Ost Chefsache. Wenn ich allerdings an den SPD-Chef denke, an den einen oder den anderen, dann wird mir bange um den Aufbau Ost:

- zum einen wegen der Ignoranz gegenüber den neuen Bundesländern und dem bisher hier vermißten Einsatz,

- zum zweiten, weil beide die Kompetenz in ihren eigenen Ländern nicht nachgewiesen haben, insbesondere bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Wir haben in den vergangenen Jahren für den 2. Strukturwandel in Ostdeutschland wichtige Voraussetzungen geschaffen. Die konjunkturelle Entwicklung ist in allen wichtigen Bereichen vielversprechend und beginnt bereits positive Effekte am Arbeitsmarkt zu bewirken.

Nur bei kontinuierlicher Fortsetzung unserer Politik:

- wird Wirtschaft wachsen
- werden Arbeitsplätze geschaffen
- wird der Osten weiter aufholen
- wird innere Einheit gelingen.

Ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer gerechteren Vermögensbeteiligung

Ich fordere den Bundesrat auf, dem Gesetz zur Förderung der Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen zuzustimmen. Eigentlich dürfte die Zustimmung den SPD-geführten Ländern nicht schwerfallen. Die Beschlußlage der SPD zur Vermögensbildung ist nämlich eindeutig. Ich zitiere aus dem am 17. April 1998 in Leipzig verabschiedeten Wahlprogramm:

„Wir wollen die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Kapital und am Gewinn und an den Entscheidungen der Unternehmen. [Wir wollen] die Rahmenbedingungen für die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital verbessern.“

Gerhard Schröder ist gleicher Meinung. Ich zitiere aus einem SPIEGEL-Interview vom 11. Mai 1998:

„Und als dritte Säule [zur Rentenversicherung] muß die Beteiligung möglichst vieler am Kapitalstock der Volkswirtschaft dazukommen. Wir müssen die, die Werte schaffen, auch an den Gewinnen beteiligen.“

Auch der Ministerpräsident von Hessen, Herr Kollege Eichel, ist ein großer Befürworter der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand.

Im Bericht der SPD-Arbeitsgruppe „Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen“, deren Vorsitzender Hans Eichel ist, heißt es:

„Durch eine nachhaltige und relevante Beteiligung der Arbeitnehmer am gesamtwirtschaftlichen Vermögensbildungspro-

zeß im allgemeinen und am Produktivvermögen im besonderen würde [...] über eine Verbesserung der gesellschaftlichen Querverteilung [...] eine Wirtschaftsgesellschaft freier und anpassungsfähiger werden.“

Wir stimmen in den Zielen überein! Ziele, die da heißen:

- Verbesserung der Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand,

**Bundesarbeitsminister
Norbert Blüm anlässlich
der Beratung des
Entwurfes eines Dritten
Vermögensbeteiligungsgesetzes
am 29. Mai im Bundesrat**

- stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen und zugleich
- Ausbau der ergänzenden privaten Altersvorsorge.

Herr Kollege Eichel, wir wollen das gleiche erreichen, haben aber nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Ihr Modell kostet bei Vollinanspruchnahme in der Anfangsphase 10 Mrd. DM im Jahr für Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherung. Wenn Ihr Konzept seine volle Wirkung entfaltet, kostet es sogar 50 Mrd. DM jährlich.

Da gibt es keine Diskussion: Das ist zu teuer! Darum fordere ich Sie auf: Stimmen Sie unserem Konzept zu. Wir bringen

die Vermögensbildung voran. Ich gebe zu: Unser Gesetz ist keine Revolution. Revolutionen haben den Menschen immer mehr geschadet als genutzt. Aber unser Gesetz ist ein weiterer Baustein auf dem Weg zu einer gerechteren Vermögensverteilung.

Noch ein Wort zur empfohlenen Ablehnung des Gesetzes durch den AS-Ausschuß: Ein Streitpunkt sind die Tariffonds. Die SPD will sie unbedingt im Gesetz festgeschrieben haben.

Solche gemeinsamen Einrichtungen sind nach geltendem Recht zulässig. Daran hatten auch die juristischen Sachverständigen auf der Anhörung des AS-Ausschusses im Deutschen Bundestag keinerlei Zweifel. Hier muß man also nichts mehr festschreiben.

Im übrigen ist bemerkenswert, daß die SPD in ihrem Antrag im Deutschen Bundestag das obligatorische Sparen der Arbeitnehmer in Tariffonds fordert, während die Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz von Ministerpräsident Eichel diese Tariffonds ablehnt und die freie Wahlfreiheit der Anlageformen fordert. Das ist wieder typisch SPD: Die eine Hand weiß nicht, was die andere macht.

Maßnahmen des Gesetzes

Wie haben Sie unser Gesetz nicht immer wieder kleingeredet: „Placebo“, „Peanuts“, „Zuckerstücke“ und „Begrüßungsgeld“ waren noch harmlose Attribute. Das Gesetz kostet 1,1 Mrd. DM und nicht 2 Mrd. DM, wie es das Land Hessen in den zuständigen Ausschüssen dargelegt hat. Ist das nichts? Sind 1,1 Mrd. DM bei der schwierigen Finanzlage von Bund, Ländern und Gemeinden „Peanuts“?

Zu den Fakten:

- Wir erhöhen die Sparzulage für Beteiligungen von 10 auf 20 Prozent.
- Wir erweitern den Begünstigungsrahmen insgesamt von 936 auf 1736 DM in

West- und 1936 DM in Ostdeutschland, aufgespalten in zwei Förderbereiche.

● Damit wächst die maximale Sparzulage von heute 94 DM auf 254 DM in West- und 294 DM in Ostdeutschland. Das sind 160 DM bzw. 200 DM mehr als bisher.

● Wir erhöhen die jährlichen Einkommensgrenzen. Sie entsprechen dann jährlichen Bruttolöhnen von rd.

- ▶ 41.000 DM für Alleinstehende ohne Kinder,
- ▶ 80.000 DM für verheiratete Alleinverdiener ohne Kinder und
- ▶ 90.000 DM für verheiratete Alleinverdiener mit zwei Kindern.

Damit können zwei Drittel aller Arbeitnehmer die Sparzulage erhalten.

● Wer die neue Förderung für 800 DM jährlichen Beteiligungserwerb kontinuierlich nutzt, hat zusammen mit der Sparzulage von 20 % bei angenommenen 6 % Zinseszins nach 25 Jahren immerhin ein Endkapital von rd. 50.000 DM zusammen.

Gründe für Vermögensbildung

Ich möchte vier Gründe für eine stärkere Beteiligung am Produktivvermögen nennen.

1. Gesellschaftspolitisch

Wohlstand für alle und Eigentum für alle – das waren die zwei großen Ziele von Ludwig Erhard. Dem ersten Ziel sind wir näher gekommen, als viele bei der Einführung der sozialen Marktwirtschaft geträumt haben.

Dem zweiten Ziel, Eigentum für alle, sind wir nicht so nahe gekommen wie dem ersten Ziel. Das gehört zur Wahrheit. 1993 besaßen nur 11 Prozent der Arbeiterhaushalte in Westdeutschland Aktien. In Angestelltenhaushalten waren es nur 18 Prozent. In Ostdeutschland waren es drei Prozent bei den Arbeitern und sechs Prozent bei den Ange-

stellten. Nur 6 Prozent aller Arbeitnehmer in Deutschland sind an ihrem arbeitgebenden Unternehmen beteiligt. Das ist ein Zustand, den wir überwinden wollen.

Nach Regierungsantritt hat die Bundesregierung schon 1983 die Vermögenspolitik stärker auf die Beteiligung der Arbeitnehmer am Kapital der Unternehmen ausgerichtet. Die Konzeption war nicht wirkungslos.

Die Beteiligungen im Rahmen des Vermögensbildungsgesetzes sind von 2 Prozent 1983 auf 10 Prozent 1993 gewachsen.

Ich bekenne ausdrücklich: Eigentum in Arbeitnehmerhand, Mitträgerschaft der Wirtschaft ist eine uralte Idee der christlichen Soziallehre.

2. Wirtschaftspolitisch

Die Beteiligung der Arbeitnehmer stärkt die Investitionskraft der Unternehmen. Investitionen führen zu mehr Arbeitsplätzen; mehr Arbeitsplätze verringern die Arbeitslosigkeit. Die Beteiligung der Arbeitnehmer am eigenen Betrieb wird auch deren Motivation stärken. Aus Mitarbeitern sind dann Miteigentümer geworden.

3. Tarifpolitisch

Die Tarifpolitik erhält durch den Investivlohn und die investive Ertragsbeteiligung neue Spielräume. Was haben Arbeitnehmer denn von einer Lohnpolitik, die nur auf Konsumlohn orientiert ist? Wenn bei den Tarifverhandlungen mehr herausgeholt wird, als gut ist, gibt es entweder Inflation oder Arbeitslosigkeit. Die Idee eines gerechten Lohnes kann auf dieser Schiene allein nicht umgesetzt werden.

Eine zurückhaltende Lohnpolitik erhält durch den Beteiligungslohn eine neue Akzeptanz, denn die Arbeitnehmer partizipieren so an den Investitionen, die sie durch eine vernünftige Lohnpolitik ermöglicht haben.

4. Sozialpolitisch

Eigentum schafft Sicherheit. Die gesetzliche Alterssicherung wird durch Eigentumsbildung in Arbeitnehmerhand ergänzt. Die kollektiven Alterssicherungssysteme wachsen nicht mehr wie in der Vergangenheit. Altersvorsorge durch Eigentum bedarf einer neuen Chance.

Selbstverantwortung und Solidarität sind aufeinander angewiesen. Aber die Selbstvorsorge erhält neue Bedeutung, was auch durch besondere Förderung jener Einkommensgruppen geschehen muß, die es allein und aus eigener Kraft nicht schaffen, private Altersvorsorge aufzubauen.

Eine Verkäuferin mit 1 800 DM Monatslohn hat nur einen geringen Fundus, aus dem sie Selbstvorsorge speisen könnte. Deshalb wollen wir in Zukunft besonders bei den unteren Einkommensgruppen Anreize schaffen, gerade jüngere Leute zum langfristigen Sparen zu bewegen.

Fazit:

Ich fasse zusammen: Wenn die SPD-geführten Länder das Gesetz mit über 1 Mrd. DM Förderung durch den Staat ablehnen, dann müssen Sie den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Land erklären, warum sie auf 1 Mrd. DM verzichten sollen. Darum: Stimmen Sie, vor allem im Interesse Ihres Klientels, der Arbeitnehmer, zu.

Wir wollen die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand voran bringen. Gründe gibt es genug, ich habe vier genannt.

Dieses Gesetz ist ein Schritt in die richtige Richtung. In der nächsten Legislaturperiode werden wir einen weiteren Schritt in Richtung auf ergänzende Altersvorsorge machen. Stimmen Sie dem Gesetz zu! Im Interesse einer Gesellschaft, in der aus Lohnempfängern Miteigentümer werden.

Das Sicherheitskonzept der Union greift

Zur Vorstellung der polizeilichen Kriminalstatistik 1997 am 29. Mai erklärte der innenpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Erwin Marschewski:

Die polizeiliche Kriminalstatistik 1997 belegt die Effektivität des von der Union verfolgten Sicherheitskonzepts. Die von uns seit 1994 umgesetzten Gesetzesinitiativen zeigen Wirkung. So ist generell die Aufklärungsquote mit 50,6 Prozent erstmalig für Gesamtdeutschland über die 50-Prozent-Marke geklettert. Im Vorjahr lag die Gesamtaufklärungsquote dagegen noch bei 49 Prozent. Positiv festzustellen ist in diesem Zusammenhang, daß die Aufklärung besonders in den Delikten verbessert werden konnte, die das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung besonders beeinträchtigen.

Auch das Ausmaß der registrierten Organisierten Kriminalität hat zumindest nicht weiter zugenommen, wie zu befürchten war, sondern entspricht in etwa den Ergebnissen der Vorjahre. Dies bestätigt den Einsatz der Union insbesondere im Bereich der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Sie war hier mit dem Geldwäschegesetz von 1993 und den Gesetzen zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität massiv tätig geworden. Den Strafverfolgern wurde hiermit ein erweiterter rechtlicher Handlungsrahmen zur Seite gestellt, dessen Auswirkungen sich nun in der Kriminalitätslage widerspiegeln.

Positiv zu bemerken ist ferner der Rückgang der Ausländerkriminalität. Lag der Anteil der Nichtdeutschen an den Gesamtstatverdächtigen 1993 noch bei 33,6 Prozent, ist dieser seitdem kontinuierlich auf

zunehmend 27,9 Prozent gesunken. Dies verdeutlicht, daß wir mit der Asylrechtsnovellierung 1993 und der Ausländerrechtsnovelle 1997, mit deren Hilfe wir die Möglichkeiten zur Abschiebung krimineller Ausländer wesentlich verbessert haben, auf dem richtigen Weg sind.

Um den Anteil der Ausländer an der Kriminalitätsentwicklung in Deutschland auch langfristig in den Bereichen schwerer Straftaten zu senken, müssen wir erneut darüber nachdenken, das Ausländerrecht zu verschärfen. Nachzudenken ist über die zwingende Ausweisung und Abschiebung von Ausländern bei einer Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe bereits ab einem Jahr - statt bislang ab drei Jahren. Dies liegt nicht nur im Interesse der Deutschen in der Bundesrepublik, sondern in dem unserer rechtmäßig hier lebenden ausländischen Mitmenschen und der tatsächlich Bedrohten. Wir können für die überwältigende Mehrheit der sich gesetzestreu verhaltenden Ausländer Akzeptanz nur schaffen, wenn wir ausländischen Rechtsbrechern die rote Karte zeigen.

Allerdings enthält die Kriminalstatistik auch Bedenkliches. So ist die Jugendkriminalität im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Insbesondere bei den Kindern unter 14 Jahren ist eine alarmierende Zunahme um 10,1 Prozent auf über 144.000 Verdächtige festzustellen. Hier sind Eltern, Schule, Medien, Politik - die gesamte Gesellschaft - noch mehr gefordert, sich verstärkt den Fragen der Prävention von Kinder- und Jugenddelinquenz zuzuwenden und zu handeln. Weniger Verbreitung von Gewalt im Fernsehen oder ein noch stärkeres Engagement für arbeitslose Jugendliche sind nur zwei von vielen Wegen. ■

Unsere Bilanz in der beruflichen Bildung kann sich sehen lassen

Anläßlich der Bildungsdebatte im Deutschen Bundestag am 28. Mai erklärte der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Ausschuß für Bildung, Wissenschaft, Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung, Rainer Jork:

In den letzten Jahren haben die CDU/CSU-Bundestagsfraktion und die Bundesregierung zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht und konsequent im Sinne der betroffenen Jugendlichen gehandelt. Die Maßnahmen reichen von der beschleunigten Überarbeitung von Berufsbildern – allein 1998 werden 19 Ausbildungsberufe modernisiert und 11 neue Ausbildungsberufe geschaffen – über die Einrichtung von Ausbildungsberufen für eher praktisch begabte Jugendliche und die Schaffung zweijähriger Ausbildungsgänge bis zur Weiterentwicklung und Aufwertung der beruflichen Weiterbildung. Die Bilanz unserer Politik kann sich sehen lassen!

Von besonderer Bedeutung für die neuen Bundesländer war und ist die Förderung zusätzlicher Lehrstellen mit Hilfe des Bundes. Im April 1998 haben sich Bundesregierung und Länder auf das diesjährige Lehrstellenprogramm Ost geeinigt, mit dem 17.500 zusätzliche Ausbildungsplätze gefördert werden, 2.500 mehr als 1997. Der Bund wendet hierfür rund 230 Mio. DM auf. Wie in den vergangenen Jahren werden vor allem betriebliche Lehrstellen gefördert.

Die umfangreichen Maßnahmen haben im letzten Jahr bereits zu einer Trendwende geführt. Auch die bisherigen Zahlen für 1998 geben Grund zur Zuversicht: Für das gesamte Bundesgebiet verzeichnet die

Bundesanstalt für Arbeit im April einen Zuwachs von über 26% bei den gemeldeten Lehrstellen im Vergleich zum Vorjahr. Die Zahl der gemeldeten Bewerber hat sich dagegen nur um knapp 5% erhöht. Besonders erfreulich ist der hohe Zuwachs an Lehrstellen in den neuen Bundesländern von über 31%, der noch deutlicher ausfällt als in den alten Bundesländern mit rund 24%.

Zwischen den für die Berufsbildung zuständigen Partnern besteht Einigkeit darüber, daß sich das deutsche System der dualen Berufsausbildung bewährt hat. Seine Vorteile bestehen vor allem in der hohen

Die Lehrstellen-Katastrophe, die die Opposition so gern beschwört, wird auch in diesem Jahr ausbleiben.

Qualität der Ausbildung, dem engen Praxiskontakt und der hohen Wahrscheinlichkeit, einen sicheren Arbeitsplatz zu kriegen. Der Erfolg des Systems zeigt sich nicht zuletzt daran, daß Deutschland zu den Ländern mit besonders niedriger Jugendarbeitslosigkeit zählt. Eine Reduzierung auf Finanzfragen und eine Lösung nach zentralstaatlichen Prinzipien wie die von der Opposition geforderte „Ausbildungsumlage“, ist dagegen nicht hilfreich, sondern läuft den Grundsätzen der beruflichen Ausbildung zuwider.

Die Lehrstellenkatastrophe, die von der Opposition jedes Jahr aufs neue angekündigt wird und die sie aus politischen Gründen scheinbar eher wünscht als fürchtet, wird auch in diesem Jahr ausbleiben!

Schröder schröpft die Kommunen

Peter Götz, Stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte: Schröder versucht weiterhin, die offensichtliche Finanznot seiner Landesregierung auf Kosten der Kommunen in den Griff zu bekommen.

In den Beratungen zum niedersächsischen Doppelhaushalt 1999/2000 sollen – wie „Die Welt“ berichtet – Hunderte von Programmen mit freiwilligen Leistungen in die Verantwortung der Kommunen verschoben werden. Schröder entzieht sich auf diese Art und Weise der anstehenden Diskussion über Einsparungen, die nun auf kommunaler Ebene stattfinden werden.

Schuldenkönig Schröder

Schröder hat in seinen ersten sieben Regierungsjahren 25 Milliarden Mark Schulden gemacht. Zum Vergleich: In den über vier Jahrzehnten davor waren es insgesamt nur 37 Milliarden Mark (Handelsblatt, 31. 1. 1998).

Bereits mit dem Nachtragshaushalt für 1996 sollte auf Kosten der Kommunen die Notbremse gezogen werden. So wurden die ihnen ursprünglich zur Verfügung stehenden Finanzausgleichsmittel pauschal um eine halbe Milliarde gekürzt. Nachdem 36 Städte, Landkreise und Gemeinden gegen das Finanzausgleichsgesetz

Verfassungsbeschwerde eingelegt hatten, erklärte der Niedersächsische Staatsgerichtshof das Vorgehen der SPD-Landesregierung Ende letzten Jahres für verfassungswidrig.

Schröder sind Kommunen egal

Wenn die Landesfinanzen zurückgehen, darf die Hauptlast nicht den Kommunen aufgebürdet werden, wies der Niedersächsische Finanzgerichtshof Schröder zu recht. Schröder hat gegen das „Gebot der Verteilungssymmetrie“ verstoßen, indem er willkürlich die Höhe der sogenannten Finanzausgleichsmasse festgelegt hat. Die durch die niedersächsische Verfassung garantierte finanzielle Mindestausstattung ist den Kommunen vorenthalten worden.

An den beiden Beispielen zeigt sich das „Prinzip Schröder“: Der Kanzlerkandidat der SPD versucht sich zuerst durch große Versprechungen und eine maßlose Ausgabenpolitik beliebt zu machen.

Wenn der Scherbenhaufen dann endlich in das öffentliche Bewußtsein dringt, findet Schröder schnell andere, die dann die Zechen zahlen müssen. Das kommunalfeindliche Vorgehen in Niedersachsen macht deutlich, was den Städten, Gemeinden und Kreisen droht, wenn Schröder Regierungsverantwortung auf Bundesebene erlangen würde.

Weitere 17.500 Lehrstellen für neue Länder

Bund und Länder haben am 29. Mai das neue Lehrstellen-Hilfsprogramm Ost unterzeichnet. Damit können in den neuen Bundesländern ab Herbst 17.500 zusätzliche Lehrstellen für die Jugendlichen bereitgestellt werden, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Finanziert wird das

Programm vom Bund und den betroffenen Ländern. Die Bonner Mittel kommen aus den Etats des Bildungs- und des Wirtschaftsministeriums, deren Minister Jürgen Rüttgers und Günter Rexrodt die Abmachung mit den Ministerpräsidenten der ostdeutschen Länder unterschrieben haben.

Das würde uns eine rot-grüne Innenpolitik kosten

SPD und Grüne haben in ihren Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 1998 in wichtigen Bereichen der Innenpolitik vollmundige Forderungen aufgestellt. Auch, wenn diese - wie die SPD freimütig zugibt - unter einem sog. Finanzierungsvorbehalt stehen, lohnt es doch, die bei Verwirklichung dieser Vorschläge entstehenden Kosten grob zu schätzen. Dabei ergibt sich folgendes Bild:

- **SPD und Grüne äußern Skepsis gegenüber der von der Union im Jahr 1993 durchgesetzten Asylrechtsreform. Die Grünen fordern sogar ausdrücklich, diese rückgängig zu machen.**

Nach vorsichtigen Schätzungen würde das in einer Legislaturperiode zu Mehrkosten von rund 52,8 Milliarden DM führen. Bei dieser Schätzung wird davon ausgegangen, daß auf der Grundlage der vor der Asylrechtsreform bestehenden Zugangszahlen von etwa 450.000 pro Jahr auch in den Folgejahren jeweils 500.000 weitere Personen in der Bundesrepublik Asyl beantragen würden. Bei jährlichen Ausgaben für 100.000 Asylbewerber pro Jahr in Höhe von rund 1,2 Milliarden DM belief sich der Kostenbetrag am Ende der kommenden Legislaturperiode auf etwa 48 Milliarden DM. Hinzu kämen noch die Kosten des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge von rund 1,2 Milliarden DM jährlich, also 4,8 Milliarden DM in einer Legislaturperiode.

- **Die Grünen fordern darüber hinaus, die Rückübernahmeabkommen mit Verfolgerstaaten aufzukündigen.**

Jeder Staat hat die völkerrechtliche Pflicht, eigene Staatsangehörige, die z.B. in Deutschland als Asylbewerber nicht anerkannt wurden, wieder aufzunehmen. Rückübernahmeabkommen regeln lediglich die praktische Ausgestaltung dieser Pflicht und dienen im Ergebnis dazu, Abschiebungen zu erleichtern und Abschiebehaft möglichst zu verkürzen. Allein bei Aufkündigung des Rückübernahmeabkommens mit Algerien würden aufgrund der erschwerten Möglichkeit von Abschiebungen jährlich über 14 Millionen DM als Kosten entstehen. Darüber hinaus müßten für die ausreisepflichtigen, aber nicht abgeschobenen Personen jährlich über 4 Millionen DM aufgewandt werden. Bei Aufkündigung des Rückübernahmeabkommens mit der Bundesrepublik Jugoslawien würden wegen nicht erfolgter Abschiebung jährlich zusätzliche 113,8 Millionen DM entstehen. Die zusätzlichen Kosten für soziale Leistungen an Ausreisepflichtige würden sich auf über 68 Millionen DM belaufen. Das heißt, daß allein für die Länder Algerien und die Bundesrepublik Jugoslawien jährlich rd. 200 Millionen DM als zusätzliche Kosten entstehen würden.

- **Die Grünen lehnen ferner die sog. Ausgrenzung von Flüchtlingen und Asylsuchenden durch das Asylbewerberleistungsgesetz ab.**

Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbewLG) erhalten Flüchtlinge und Asylsuchende gegenüber einheimischen Sozialhilfeempfängern um 15 - 20 Prozent abgesenkte Leistungen. Die Streichung des Asylbewerberleistungsgesetzes würde zwangsläufig zu einem Anstieg der

Sozialhilfekosten führen. Die zu erwartenden Mehrkosten für Länder und Kommunen lassen sich nur grob schätzen. Auf der Grundlage der Zahlen von 1995 und 1996, in denen nach dem AsylbewLG jährlich etwa 5,5 Milliarden DM ausgegeben worden sind, müßte bei einer Steigerung um 20 Prozent von etwa 1 Milliarde DM Mehrkosten pro Jahr ausgegangen werden.

● **Die Grünen lehnen die Einführung einer Asyl-Card ab.**

Der Einsatz einer Asyl-Card im Asylverfahren soll sicherstellen, daß alle am Asylverfahren beteiligten Behörden mit identischen Personendaten arbeiten. Dadurch wird insbesondere gewährleistet, daß Asylbewerber nicht mißbräuchlich mehrfach Anträge stellen. Eine ähnliche Karte ist bereits in den Niederlanden im Einsatz. Vor dem Hintergrund, daß etwa 2,5 bis 3 Prozent der Asylbewerber mehrfach Anträge in der Bundesrepublik Deutschland stellen, würde die Asyl-Card zu einer voraussichtlichen Ersparnis von etwa 40 Millionen DM jährlich führen. Umgekehrt würde der Verzicht auf die Asyl-Card zu Mehrkosten von etwa 40 Millionen DM jährlich führen.

● **SPD und Grüne setzen sich für vermehrte Einwanderung durch Einführung eines Einwanderungsgesetzes ein. Die Grünen wollen darüber hinaus ein Viertel aller Einwanderungsbewilligungen aus humanitären Gründen aussprechen ohne Rücksicht auf**

die wirtschaftliche und sozialpolitische Situation in der Bundesrepublik.

Diese Forderung würde zwangsläufig zu einer weiteren Belastung des sozialen Netzes führen. Denn Zuwanderer aus humanitären Gründen, d.h. Zuwanderer, die nicht aus wirtschaftlichen Interessen in der Bundesrepublik aufgenommen werden, fallen in der Regel dem sozialen Netz zu. Bei einer Zuwanderungsquote von 200.000 Personen im Jahr würde das in einer Legislaturperiode zu voraussichtlichen Mehrkosten von rund 24 Milliarden DM führen. Dazu kämen noch die Kosten für die von den Grünen geforderten Sprachkurse.

Die Kosten für viele weitere von SPD und Grünen aufgestellten Forderungen, wie z.B. das Recht der Bundesländer zur Erteilung eines dauerhaften Bleiberechts für bestimmte Gruppen aus humanitären Gründen, die generelle Abschaffung der Abschiebehaft, ein absoluter Ausweisungsschutz für langjährig in Deutschland lebende bzw. hier geborene Ausländer oder die Ablehnung der Ausweisung als Antwort auf in Deutschland begangene schwere Straftaten lassen sich dagegen kaum abschätzen. Alle diese Forderungen werden aber zweifelsohne zu zusätzlichen Kosten führen, die den öffentlichen Haushalten zur Last fallen.

Fazit: Rot-grüne Innenpolitik kommt den Steuerzahler teuer zu stehen, ohne daß er selbst konkrete Vorteile hieraus hätte.

**Unsere
Elektronischen
Adressen:**

● **INTERNET**
<http://www.cdu.de>

● **T-ONLINE**
*CDU#

● **X 400**
c = de; a = dbp;
p = cdu; s = bund

● **E-MAIL:** post www.cdu.de

Arbeitsmarktpolitische Forderungen der SPD:

Versprechen und Streichkonzerte

Die SPD behauptet, in ihrem Wahlprogramm die Interessen der arbeitslosen Menschen zu vertreten und fordert auf dem Papier längst gesetzlich umgesetzte Maßnahmen:

Forderung: *Rückkehrpläne für Arbeitslose nach sechs Monaten*

Tatsache ist: Mit der Eingliederung der Arbeitsförderung in das Sozialgesetzbuch III (SGB III) wurden die Arbeitsämter bereits verpflichtet, gemeinsam mit den arbeitslosen Menschen Maßnahmen zur Verhinderung von Langzeitarbeitslosigkeit zu treffen (§ 6 SGB III).

Forderung: *Lohnkostenzuschüsse für Betriebe, die Arbeitslose einstellen*

Tatsache ist: Im Kapitel 5 „Leistungen an Arbeitgeber“ des SGB III sind vielfältige Formen von Lohnkostenzuschüssen bei Neugründungen, Zuschüsse an Arbeitgeber zur Ausbildungsvergütung bereits verankert.

Forderung: *Zuschüsse zu Tarifvereinbarungen, wie Altersteilzeit oder Berufseinstiegszeit*

Tatsache ist: Die Forderung ist mit dem Altersteilzeitgesetz vom 1. August 1996 bereits umgesetzt worden. Mittlerweile wurden bereits 80 Tarifverträge abgeschlossen. Die Tarifpartner, z.B. in der chemischen Industrie oder in der Metallindustrie spielen hier Vorreiter.

Forderung: *Jobrotation für Langzeitarbeitslose*

Tatsache ist: Dies ist bereits möglich. Außerdem werden zur Verbesserung der Einstiegschancen neue Instrumente geschaffen:

- Eingliederungsvertrag
- Erleichterung befristeter Arbeitsverträge
- Verlängerung des Sonderprogramms für Langzeitarbeitslose.

Forderung: *Gleichberechtigte Teilhabe der Frauen bei der aktiven Arbeitsförderung*

Tatsache ist: Im SGB III wurde ein eigenes Kapitel zur Frauenförderung aufgenommen. Frauen werden bei Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung gemäß ihrem Anteil an den Arbeitslosen berücksichtigt.

Forderung: *Bessere Bedingungen für Teilzeitarbeit*

Tatsache ist: Die CDU-geführte Bundesregierung hat das Teilarbeitslosengeld eingeführt. Wer von Vollzeit- auf Teilzeit wechselt, erhält für drei Jahre den Anspruch auf das Vollzeitarbeitslosengeld. Die Förderung von Teilzeitarbeit im öffentlichen Dienst wurde ausgeweitet.

Forderung: *Rücknahme der Einsparungen im Bereich der Arbeitsförderung*

Fakt ist: Bezogen auf die 1997 erzielten Einsparungen müßten 34,7 Milliarden DM zusätzlich dieses Jahr aufgewendet werden. Hierzu müßte die SPD einen konkreten Finanzierungsvorschlag vorlegen.

Die SPD fordert aber nicht nur Maßnahmen, die bereits gesetzlich umgesetzt sind, sondern handelt dort, wo sie Regierungsverantwortung trägt, mit „Streichkonzerten“

Forderung: *Mittel, die bisher zur Finanzierung von Arbeitslosigkeit ausge-*

Helmut Kohl: Ein wichtiger Impuls

Bundeskanzler Helmut Kohl hat am 29. Mai die folgende Erklärung zum Ergebnis des Referendums zum Vertrag von Amsterdam in Dänemark abgegeben:

Das Ergebnis in Dänemark habe ich mit großer Befriedigung zur Kenntnis genommen. Die deutliche Zustimmung der dänischen Bevölkerung verstehe ich auch als Bestätigung der europäischen Politik der Regierung unter Ministerpräsident Poul Nyrup Rasmussen.

Die Annahme des Vertrages von Amsterdam stellt sicher, daß Dänemark auch künftig aktiv an der weiteren Gestaltung des europäischen Einigungsprozesses mitwirkt. Ich bin mir sicher, daß Deutschland und Dänemark ihre

enge und bewährte Zusammenarbeit zur weiteren Ausgestaltung der Europäischen Union im Sinne von Subsidiarität, Bürgernähe und Transparenz sowie zu ihrer Erweiterung fortsetzen werden.

Bürgernähe stärken

Das Votum in Dänemark ist ein wichtiger Impuls für die Bewältigung der europäischen Zukunftsaufgaben. Die Bundesregierung hofft, daß die Verfahren zur Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam, der die Handlungsfähigkeit und Bürgernähe der Europäischen Union stärken wird, auch in den übrigen Mitgliedstaaten rasch abgeschlossen werden können.

geben wurden, für sinnvolle Arbeit verwenden.

Tatsache ist: Während die CDU konsequent die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung verbessert, regiert in den SPD-regierten Bundesländern der Rotstift.

Niedersachsen erlaubte es sich sogar, im Jahr 1998 das Programm „Jugend-Arbeit-Chance“ zu streichen, nachdem 1996 bereits das Programm zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfängern gestrichen worden war. Auch das Land **Hessen** kürzte bei seinem arbeitsmarktpolitischen Programm von 23,4 Millionen DM 1996 auf 20,8 Millionen DM 1997 bei einem gleichzeitigen Anstieg der Arbeitslosenquote.

Besonders abgekoppelt hat sich das **Saarland**. Während Oskar Lafontaine die höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer verzeichnet (12,4 Prozent Ende 1997, bei einem Durchschnitt von 9,9 Prozent in den alten Bun-

desländern), hat er die Interessen der arbeitslosen Menschen aus den Augen verloren. Die Mittel für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen führte er auf 8,25 Millionen DM im Jahr 1998 zurück. 1996 war ihm die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit diesem Instrument noch 21,8 Millionen DM wert.

Auch die Bilanz der brandenburgischen Sozialministerin, Regine Hildebrandt, ist von Kürzungsorgien gekennzeichnet. 19 Millionen DM im Jahr 1997 statt 91,5 Millionen DM im Jahr 1995 ist ihr das Landesprogramm „Qualifizierung und Arbeit für **Brandenburg**“ nur noch wert.

Sachsen-Anhalt betätigt sich ebenfalls als Kahlschläger. Die ergänzenden Mittel zur Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen-Förderung wurden hier ebenfalls konsequent gekürzt, von 285 Millionen DM im Jahr 1996 auf 122 Millionen DM im Haushaltsentwurf 1998. ■

CDA warnt den DGB:

„Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ taugen nicht als parteipolitische Knüppel

Anlässlich einer Pressekonferenz erklärten Rainer Eppelmann, Bundesvorsitzender der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft, und Hermann-Josef Arentz, Erster Stellvertretender Bundesvorsitzender CDA:

Daß sich der DGB für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einsetzt, ist seine Pflicht. Kein vernünftiger Mensch in der Bundesrepublik Deutschland wird gegen dieses Anliegen sein. CDA und CDU haben sich ausweislich ihrer Programme und ihrer Taten stets für diese Ziele eingesetzt.

Wenn es auch unter vernünftigen Menschen keinen Streit über die Ziele „Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ geben kann, so gibt es allerdings ganz unterschiedliche Antworten auf die Frage, wie und mit welchen Parteien diese Ziele am besten zu verwirklichen sind.

Der DGB-Bundesvorsitzende Dieter Schulte hat bei der Präsentation der DGB-Kampagne ausdrücklich hervorgehoben, daß die Kampagne des DGB „keiner Person, keiner Partei und keiner Koalition“ dienen soll. Er hat sich damit im Sinne der Einheitsgewerkschaft weitaus klüger verhalten als der IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel, der die Vorstellung der IG-Metall-Kampagne im Februar mit einer konkreten parteipolitischen Empfehlung verbunden hatte. Die CDA begrüßt dieses Verhalten von Dieter Schulte.

Die Beteuerungen des DGB-Vorsitzenden hinsichtlich der parteipolitischen Neutralität seiner Kampagne werden allerdings unglaubwürdig, wenn die Kampagne des DGB

parteipolitisch instrumentalisiert wird. Schulte straft sich selber Lügen, wenn er zum Beispiel in der Stuttgarter Zeitung vom 6. April 1998 sagt: „Ist eine rechnerische Mehrheit mit den Grünen möglich, dann sollte man diesen Weg auch versuchen zu gehen.“ Ein solches Plädoyer für Rot-Grün ermutigt die parteipolitischen Eiferer im DGB zu weiteren einseitigen Stellungnahmen für Rot-Grün. Damit droht der Einheitsgewerkschaft massiver Schaden im Wahlkampfjahr. Außerdem gefährdet der DGB damit die von ihm proklamierten Ziele:

1. Wie wenig der DGB seine Mitglieder für Wahlwerbeaktionen gegen die Union in die Pflicht nehmen kann, belegt die Analyse über das Wahlverhalten seiner Mitglieder, die der DGB alle zwei Jahre durchführen läßt. Danach ordnen sich 88 Prozent aller Mitglieder von DGB-Gewerkschaften keiner Partei zu, 6,8 Prozent sind SPD-Mitglieder, immerhin 3,8 Prozent sind CDU/CSU-Mitglieder. Bei der letzten Bundestagswahl stimmten 35,6 Prozent für die SPD und 23,7 Prozent für die Union. Bei den unter 25jährigen Gewerkschaftsmitgliedern halten sich die Anteile von Union und SPD sogar die Waage.

2. Auch im Hinblick auf die Sachthemen, die der DGB mit seiner Kampagne anspricht, wäre eine Empfehlung für Rot-Grün abwegig.

● **Der DGB fordert „eine Politik der Innovation und der Investition“.**

Tatsache ist:

Die schlechteste
Wachstumsentwicklung in den westdeut-
schen Bundesländern ist im Saarland, in
Niedersachsen und in Nordrhein-Westfa-
len festzustellen. Dies sind gleichzeitig die
drei Flächenländer der alten Bundesrepu-
blik, die die höchste Arbeitslosigkeit auf-
weisen. Rot-Grüne-Bündnisse stehen für
eine Politik der Innovationsblockade bei
der Gentechnologie und der Chlorchemie.
Rot-Grün steht ebenso für Investitions-
blockade, wie an den Projekten Garzwei-
ler II und Transrapid drastisch deutlich
wird. Die größte Investitionsblockade ist
die bisher von SPD und Grünen gemein-
sam verhinderte Steuerreform.

● **Der DGB fordert „neue Beschäf-
tigungsmöglichkeiten im Dienst-
leistungssektor“.**

Tatsache ist:

Wer neue Arbeitsplätze
im Dienstleistungssektor will, der muß für
Kombilohnmodelle sein. Für Union und
FDP ist das klar, auch Schröder trägt das
vor, aber seine Partei will sie nicht.

● **Der DGB fordert „eine Politik
der gerechten Verteilung von
Arbeit“.**

Tatsache ist:

Die CDU hat sich an
konkreten Schritten für eine gerechtere
Verteilung von Arbeit von niemandem
übertreffen lassen. Durch die Einführung
des Erziehungsurlaubs und die Aufwer-
tung der Pflgetätigkeit ebenso wie
durch die Einführung und zweimalige
Verbesserung der Altersteilzeit. Darüber
hinaus setzt sich die Union ständig für
die Flexibilisierung und einen höheren
Anteil an sozialversicherter Teilzeitarbeit
ein.

3. Wenn der DGB schließlich in seiner
Kampagne feststellt, daß eine Politik, „die

Arbeitslosen, Alleinerziehenden und
Flüchtlingen die notwendigste Hilfe zum
Lebensunterhalt zusammenstreicht, gegen
das Gebot der sozialen Gerechtigkeit ver-
stößt“, dann gebietet die Wahrheit, auf fol-
gendes hinzuweisen:

- Wer die Leistungen unseres Sozialstaa-
tes für Arbeitslose, Alleinerziehende und
Flüchtlige so herunterredet, der handelt
unverantwortlich.
- Wenn der DGB aus dieser Beschrei-
bung die Forderung ableitet „Deine Stim-
me gegen den Sozialklau“, dann sollte er
ehrlicherweise dazu sagen, daß die hier
kritisierten Gesetze – die Sozialhilfere-
form und das Asylbewerber-Leistungsge-
setz – mit der SPD gemeinsam beschlos-
sen wurden.

Die Gewerkschaften sind mit Helmut Kohl gut gefahren

Der DGB sollte bei seinen politischen Ak-
tivitäten, nicht zuletzt am 1. Mai, daran
denken, daß die Gewerkschaften mit der
Regierung Helmut Kohl gut gefahren
sind. Die CDA nennt dazu nur die Stich-
worte:

- Altersteilzeit-Gesetz,
- Entsendegesetz,
- Europäisches Betriebsrätegesetz
und die
- Sicherung der Rechtsschutzvertretung
durch den DGB.

Auch in der Vergangenheit waren die Ge-
werkschaften bei der Union besser aufge-
hoben als bei der SPD. Wir erinnern dar-
an, daß es die SPD war, die 1981 das Ende
der Montan-Mitbestimmung beschlossen
hat – übrigens mit Zustimmung von Ger-
hard Schröder – die Rettung der Montan-
Mitbestimmung verdankt der DGB nie-
mand anderem als der Regierung Helmut
Kohl. ■

Die Grünen wollen ein Ende der Leistungsgesellschaft

Zu dem im Kurzprogramm von Bündnis 90/Die Grünen enthaltenen Vorschlag, eine bedarfsorientierte Grundsicherung einzuführen, erklärte der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Gunnar Uldall:

Das Kurzprogramm der Grünen enthält trotz der vielen wählerstimmenheischenden Abschwächungen noch eine Menge politischen Unfug, so z.B. die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung. Die Grünen wollen die Sozialhilfe und die Arbeitslosenhilfe zusammenfassen, dabei das Leistungsniveau erheblich anheben, Pauschal- statt Einzelleistungen einführen und die Unterhaltspflicht über mehrere Generationen aufgeben. Die Grundsicherung soll bedarfsorientiert sein, d.h. sie soll sich nicht mehr wie bisher am Einkommen von Niedriglohneempfängern orientieren, sondern am allgemeinen Lebensstandard.

Damit würde Arbeiten für viele unattraktiv. Beispiel: Ein 4-Personen-Haushalt erhält nach dem Vorschlag eine Grundsicherung von 2.480 DM pro Monat und zusätzlich eine Wohnkostenpauschale von 1.260 DM – zusammen 3.740 DM netto (anstelle von 2.864 DM Sozialhilfe heute). Der Durchschnittsverdienst in Deutschland beträgt 4.373 DM brutto. Ein verheirateter Arbeitnehmer mit 2 Kindern (Alleinverdiener, Steuerklasse III/2) behält davon nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben 3.526 DM netto inklusive Kindergeld. Die Grundsicherung der Grünen führt somit zu einem monatlichen Plus von 214 DM gegenüber dem Durchschnittseinkommen. Warum

sollten dann Arbeitnehmer überhaupt noch arbeiten?

Die Grünen verabschieden sich damit von wichtigen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft: Vom Leistungsprinzip, das besagt: Leistung muß sich lohnen. Wer arbeitet, muß besser dastehen als derjenige, der nicht arbeitet; und vom Subsidiaritätsprinzip, das besagt, daß in erster Linie nicht der Staat, sondern die Familie (Eltern und Kinder) unterhaltspflichtig ist.

Die Union steht dafür, daß diese bewährten Prinzipien erhalten bleiben. Die vorhandenen sozialen Sicherungssysteme garantieren den Hilfsbedürftigen bereits heute ein

Ein Grundsicherungsmodell muß unbedingt verhindert werden.

Existenzminimum, das ihren individuellen Bedürfnissen entspricht. Alle darüber hinausgehenden Vorschläge bedeuten eine verantwortungslose staatliche Umverteilung zu Lasten der Leistungsträger. Die Grünen schlagen eine Erhöhung der Erbschaft- und Vermögensteuer vor, um die Mehrausgaben in Höhe von 12 Milliarden DM zu finanzieren. Damit würden Leistungsträger unserer Gesellschaft zur Finanzierung des Nichtstuns anderer herangezogen!

Ein Grundsicherungsmodell nach den Vorstellungen von Bündnis 90/Die Grünen gilt es auf jeden Fall zu verhindern. Die Leistungsgesellschaft darf nicht durch eine totale Anspruchsgesellschaft ersetzt werden!

Argumente

Erfolgreiche
Politik für
Senioren

1. Was tut die CDU-geführte Bundesregierung für die Senioren?

Rund 30 Millionen DM stehen im Haushalt des Bundesseniorenministeriums zur Förderung gesellschaftspolitischer Maßnahmen für die ältere Generation. 1989 waren es nur knapp 10 Millionen DM.

Seit 1992 gibt es den Bundesaltentplan. Ihm stehen 1998 zwölf Millionen DM zur Verfügung.

Rund 50 von 150 Seniorenbüros gehören zu den Modellprogrammen, die das von Claudia Nolte geführte Bundesministerium fördert.

2. Rentenreform – Sicher leben im Alter

Der Beitragssatz zur Rentenversicherung, der heute bei 20,3 Prozent des Bruttoeinkommens liegt, soll 1999 wieder unter die 20-Prozent-Marke sinken, bis zum Jahr 2010 sogar auf fast 19 Prozent zurückgehen.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß ein fairer Kompromiß zwischen Leistungsempfängern und Beitragszahlern geschlossen und zur Berechnung der Renten der sogenannte „demographische Faktor“ herangezogen werden, der die steigende Lebenserwartung berücksichtigt.

Folge: Die Renten steigen langsamer.

Aber wohlbemerkt:

Sie sinken nicht.

Herausragendes Beispiel für die Solidargemeinschaft in Deutschland: Die Rentner in den neuen Bundesländern stehen auf einem festen finanziellen Fundament. Dafür sorgt die stetige Rentenanpassung in Ostdeutschland.

Zu deutlichen Verbesserungen für erziehende Mütter und Väter sorgt das Rentenreformgesetz ab 1. Juli. Danach wird die Bewertung der Erziehungszeiten bis zum Jahr 2000 stufenweise auf 100 Prozent des Durchschnittsverdienstes der Versicherten angehoben. Wer neben der Kindererziehung erwerbstätig war, erhält die Kindererziehungszeiten bis zur Bemessungsgrenze dazugerechnet.

3. Einführung der sozialen Pflegeversicherung – ein großer Erfolg der CDU

17 Millionen Pflegebedürftige erhalten heute Leistungen aus der Pflegeversicherung. Norbert Blüm und die CDU haben lange und hart dafür gekämpft.

● **In der häuslichen Pflege** erhalten gegenwärtig 1,24 Millionen Pflegebedürftige jeden Monat bis 1.300 DM Pflegegeld oder Sachleistungen im Wert von bis zu 3.750 DM.

● **Bei stationärer Pflege** erhalten über 450.000 Pflegebedürftige monat-

lich zwischen 2.000 und 3.300 DM aus der Pflegeversicherung.

Seit Einführung der Pflegeversicherung sind weniger ältere Menschen abhängig von Sozialhilfe.

Auf zehn bis elf Milliarden Mark werden die Einsparungen geschätzt, die die Pflegeversicherung den Kommunen als den Trägern der Sozialhilfe eingebracht hat.

75.000 neue Arbeitsplätze sind seit 1994 geschaffen worden.

4. Gesundheitsreform: Umbau in sozialer Verantwortung

Seit Sommer 1997 steigen die Ausgaben der gesetzlichen Krankenkassen nicht mehr an. Die Gesundheitsvorsorge bleibt damit finanzierbar. Das war nur möglich mit mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge, Sparsamkeit und Effizienz. Ohne Zuzahlung und Selbstbeteiligung hieße die Alternative „Ausschlußmedizin“. Notwenige Operationen hätten bei älteren Menschen nicht mehr durchgeführt werden können.

5. Sicherheit für alle Bürger

Ältere Menschen müssen vor Gewalt und Kriminalität geschützt werden. Die Senioren-Union unterstützt konsequent die Politik von CDU und CSU in diesem Punkt. Ältere Menschen sind zwar nicht häufiger Opfer von Krimina-

lität als Jugendliche, aber sie leiden oft mehr unter deren Folgen.

Wir wollen

- **eine moderne und ein-satzfähige Polizei,**
- **eine handlungsfähige Justiz und**
- **eine rechtsbewußte und solidarische Gesellschaft.**

Für uns gilt: Keine Toleranz für Gewalttäter und Rechtsbrecher.

Alte Menschen sollen sich auf Straßen und Plätzen sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln sicher fühlen.

Die Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl hat sehr viel für die innere Sicherheit getan. Ohne SPD-Blockade im Bundesrat hätte noch mehr durchgesetzt werden können.

6. Gleitender Übergang vom Beruf in die Rente

Für 4,5 Millionen Arbeitnehmer sind bis heute bereits Tarifverträge zur Förderung der Altersteilzeit abgeschlossen worden. Dieser gleitende Übergang aus dem Erwerbsleben in den Ruhestand ersetzt wirkungsvoll die Frühverrentung, die zu Lasten der Sozialkassen geht. Gewerkschaften und Arbeitnehmer haben das **Altersteilzeitgesetz**, das diesen Übergang regelt, angenommen.

Rentenreform - Altersteilzeitgesetz - Pflegeversicherung - Gesundheitsreform - Sicherheit für alle Bürger: Die CDU hat bewiesen, daß ihre Politik auch für Senioren erfolgreich ist. Wir Senioren werden am 27. September beweisen: Die älteren Wähler entscheiden die Wahl.

Bernhard Worms, Bundesvorsitzender der Senioren-Union

Sport und soziale Verantwortung

Helmut Kohl bei der Eröffnung des 30. Deutschen Turnfestes am 31. Mai in München:

Sport verbindet. Er führt Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen, unterschiedlichen Generationen und gesellschaftlichen Schichten zusammen.

Der Deutsche Turner-Bund und die vielen Turnvereine in unserem Land sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres gesellschaftlichen und kulturellen Lebens. Ohne sie wäre unser Land um vieles ärmer.

Der Deutsche Turner-Bund ist mit seinen mehr als 4,6 Millionen Mitgliedern der zweitgrößte Spitzenverband unter dem Dach des Deutschen Sportbundes.

Unter den Turnern sind viele Kinder und Jugendliche. Fast zwei Drittel der Mitglieder des Deutschen Turner-Bundes sind Frauen; und kein anderer Sportverband hat mehr Mitglieder, die 50 Jahre oder älter sind.

Im Deutschen Turner-Bund haben sich viele Menschen zusammengefunden, denen es nicht nur um den Sport geht, sondern auch um ihre soziale Verantwortung in der Gesellschaft.

Sport bedeutet Wettbewerb. Gleichzeitig stiftet er Gemeinsamkeit. Hierbei denke ich nicht zuletzt auch an die Integration ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger.

Die Selbstverständlichkeit, mit der Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen Sport treiben, ist auch für viele andere Bereiche vorbildlich.

Ich finde es erfreulich, daß es gerade auch für behinderte Menschen in Turn- und Sportvereinen zunehmend Angebote gibt, die ihnen angemessen sind.

Wir sollten gemeinsam nach mehr Möglichkeiten suchen, damit behinderte und nichtbehinderte Menschen zusammen Sport treiben können.

Durch den Sport werden nicht nur Gesundheit und Wohlbefinden gefördert. Der Sport eröffnet auch vielfältige Möglichkeiten zu einer sinnerfüllten Freizeitgestaltung.

Besonders für junge Menschen ist dieses Angebot sehr wertvoll. Sie lernen, ihre Kräfte spielerisch mit anderen zu messen und sie einzuteilen. Sie lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen.

Junge Menschen, die Sport treiben und sich in Vereinen engagieren, leiden nicht an Ziellosigkeit und Langeweile. Sie lassen sich von den Parolen radikaler Gruppierungen nicht beeindrucken.

Im Sport werden Eigenschaften gefördert, die gerade auch in einer modernen Gesellschaft unerlässlich sind:

- Leistungswille und Einsatzbereitschaft,
- Zielorientierung und Durchsetzungsvermögen,
- Rücksichtnahme und Teamgeist.

Der Sport und seine Organisationen gehören zu den stabilisierenden und wertvermittelnden Institutionen unseres Landes. Diese Aufgabe kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Weitersagen!

Wir haben für 16 Millionen Menschen in den neuen Ländern den Sozialstaat aufgebaut. Vor der Wiedervereinigung erhielt ein Rentner mit mehr als 40 Versicherungsjahren zwischen 470 und 600 Ostmark, heute beträgt seine Rente knapp 1.700 DM.

Helmut Kohl in seinem Bericht auf dem 10. Parteitag in Bremen

Sog. Sekten und Psychogruppen derzeit keine Gefahr für Staat und Gesellschaft

Zur Beschlußfassung des Abschlußberichts der Enquête-Kommission „Sog. Sekten und Psychogruppen“ erklärten die Kommissions-Vorsitzende, Ortrun Schätzle, und der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ronald Pofalla gemeinsam:

Nach zweijähriger Arbeit hat die Enquête-Kommission „Sog. Sekten und Psychogruppen“ ihren Abschlußbericht beschlossen. Damit setzen wir einen vorläufigen Schlußpunkt unter eine sehr interessante, wenn auch nicht immer leichte Aufgabe. Trotz des immensen Umfangs unseres Abschlußberichts kommen wir zu dem Ergebnis, daß die in Deutschland agierenden sog. Sekten und Psychogruppen derzeit keine Gefahr für Staat und Gesellschaft darstellen. Nur einzelne Gruppen weisen ein hohes politisches Konfliktpotential auf.

Gleichwohl haben wir für die unterschiedlichsten Bereiche zahlreiche Handlungsempfehlungen formuliert, deren Umsetzung wir dem Deutschen Bundestag dringend ans Herz legen. Auch unterhalb der Schwelle gefährlichen Handelns haben sich etliche Konfliktfelder herauskristallisiert. Zum Schutz vor möglichen sich zur Gefahr ausweitenden Konflikten - ob gesundheitsgefährdender oder finanzieller Natur - muß der Gesetzgeber in vielen Bereichen erstmalig tätig werden bzw. bestehende Regelungen verbessern.

Herausgehoben seien nur einige unserer Handlungsempfehlungen:

- So sollen etwa weder Art. 4 GG noch

Art. 140 GG/Art. 137 Abs. 5 WRV geändert oder ergänzt werden. Vielmehr bekennt sich die Kommission uneingeschränkt zu religiös-weltanschaulicher Toleranz und Pluralität.

- Ferner empfehlen wir die Einrichtung einer Stiftung/Mediationsstelle als interdisziplinär arbeitendes Institut zur Durchführung von Forschungsarbeiten, Publikationen, Erstellung von Gutachten für Gerichte und staatliche Stellen sowie für Schulungs- und Informationsmaßnahmen. Diese Stiftung sollte auch als Ombuds-Stelle und zur Schaffung/Betreuung eines Rechtshilfefonds dienen.

- Auch die Einführung einer gesetzlichen Regelung betreffend die staatliche Förderung privater Beratungs- und Informationsstellen wird angeregt.

- Auf der Grundlage des vom Bundesrat eingebrachten Entwurfs empfiehlt die Kommission weiterhin die Beratung des Gesetzes zur Regelung der gewerblichen Lebensbewältigungshilfe.

- Die Kommission stellt darüber hinaus Diskussionsbedarf im Hinblick auf die Einführung einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit für juristische Personen und Personenvereinigungen fest.

- Im Heilpraktikergesetz muß eine klare Definition der Heilkunde vorgenommen werden; außerdem wird angeregt, die Einführung eines Straftatbestandes des „Heil-schwindels“ zu prüfen; auch müssen einheitliche Zulassungsvoraussetzungen für die Erlaubnis der Heilkundeausübung geschaffen werden.

● Weiteren Handlungsbedarf sehen wir auch im Hinblick auf eine Stärkung der internationalen Zusammenarbeit auf Regierungs- und Fachministerebene sowie bezüglich der Einrichtung einer zentralen Informationsstelle mit den Gremien der EU.

● Des weiteren regen wir auch die Fortsetzung der Beobachtung der Scientology-Organisation durch den Verfassungsschutz an.

Als eines der ganz wichtigen Ergebnisse unserer Arbeit ist sicherlich die Tatsache zu werten, daß man in unserem Bericht keine „schwarzen Listen“ über Gruppierungen vorfinden wird. Auch unsere Vorgehensweise als solche war nicht etwa die, daß wir Gruppe für Gruppe „abgearbeitet“ hätten. Vor allem unsere lebhaften Diskussionen über den Gegenstandsbereich bzw. dessen phänomenologische und begriffliche Klärung haben gezeigt, daß es eben nicht einen einzigen Ausdruck gibt, die den gesamten von uns untersuchten Bereich fassen und die mehr als mißverständliche Bezeichnung „Sekten“ ersetzen kann. Vielmehr sind wir bei unserer Analyse konfliktbezogen vorgegangen und haben ganz unterschiedliche Bereiche auf mögliches konfliktträchtiges Handeln sogenannter Sekten und Psychogruppen durchleuchtet.

So bunt wie der religiös-weltanschauliche Markt insgesamt ist, so verschieden können auch die hier anzutreffenden Problemfelder sein. Ansatzpunkt für ein gegebenenfalls erforderliches Einschreiten des Staates kann also immer nur das jeweilige Konfliktfeld sein, nicht aber die Gruppe selbst. Dies auch gegenüber einzelnen Gruppen sowie Betroffenen zu verdeutlichen, war nicht immer ganz einfach und hat unser ganzes Engagement gefordert. Umso mehr hoffen wir, daß unser Abschlußbericht endlich etwas Licht in ein von Vorurteilen und beiderseitigen Ressentiments geprägtes Dunkel bringen wird.

Die Diskussion um den gesamten Gegenstandsbereich ist mit dem Abschlußbericht freilich nicht beendet. Die Enquête-Kom-

mission wünscht vielmehr, zu einer versachlichten und entemotionalisierten Fortführung der Auseinandersetzung beitragen zu können. Als schwierige Gratwanderung wird sich hierbei auch weiterhin die Abwägung zwischen der einerseits uneingeschränkt beizubehaltenden Glaubens- und Gewissensfreiheit und andererseits dem Schutz Einzelner vor möglichen Gefahren bzw. Übervorteilungen erweisen.

Wie erwartet, haben BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein umfangreiches Sondervotum vorgelegt. Damit setzen sie ihren „Einbahnstraßenweg“ für alles, was sich Minderheit nennt, fort. Bedauerlich ist hierbei vor allem, daß die Kommission sich in vielen Debatten und bei zahlreichen Abstimmungen zu Kompromissen oder zumindest doch gesteigerter Rücksichtnahme gegenüber den Grünen hat hinreißen lassen.

Dies geschah vor allem in der nun enttäuschten Hoffnung, die Grünen im Ergebnis im Interesse der Sache mit einzubinden. Schließlich spiegelt das Sondervotum jedoch nur die Ansicht einer Abgeordneten und eines Sachverständigen der Enquête-Kommission wider. Es ist nicht im geringsten dazu geeignet, die von der Mehrheit der Kommission getragenen Ergebnisse und Erkenntnisse in Frage zu stellen.

Gericht lehnt Antrag auf einstweilige Verfügung ab

Bundesfinanzminister Theo Waigel darf die PDS weiter als „politisch kriminelle Vereinigung“ bezeichnen. Das Landgericht Hamburg lehnte den Antrag des Hamburger PDS-Bundestagskandidaten Peter Alexander von der Marwitz auf Erlaß einer Einstweiligen Verfügung ab, mit dem Waigel diese Behauptung untersagt werden sollte.

„Magna Charta“ für Regionalsprachen verabschiedet

Der Deutsche Bundestag hat jetzt die europäische Konvention für Regional- und Minderheitensprachen verabschiedet. Deutschland ist damit nach Finnland, Ungarn, Kroatien, Liechtenstein, den Niederlanden, Norwegen und der Schweiz das achte Land, das die seit dem 1. März in Kraft getretene Konvention ratifiziert.

Unter ihren Schutz fallen künftig die Minderheitensprachen Dänisch, Friesisch, Romanes und Sorbisch, sowie „Niederdeutsch“ als erste europäisch-erkannte Regionalsprache. Damit muß künftig auch das Plattdeutsche in Funk und Fernsehen stärker berücksichtigt werden.

In seiner Rede vor dem Plenum bezeichnete der Sprecher der überfraktionellen Abgeordneten-Initiative „Niederdeutsch“, der Flensburger Bundestagsabgeordnete **Wolfgang Börnsen**, die Konvention in Anlehnung an die erste englische Verfassung als „Magna Charta“ der Regional- und Minderheitensprachen:

Sprache stiftet Identität ist Heimat. Sprache schafft Geborgenheit oder, wie es der niederdeutsche Dichter Klaus Groth in seinem Gedicht „Modersprack, wat bist du schön“ formulierte: „dat Geföhl to Huus to sien“. Eine Vielfalt von Sprachen schafft kulturellen Reichtum, fördert Kreativität und Phantasie. Minderheiten- gruppen identifizieren sich über die gleiche Sprache und finden durch sie zu Eigenständigkeit, Verbundenheit und Zugehörigkeit. Noch gibt es circa 7.000 Einzelsprachen auf der Erde. Doch wöchentlich ereilt zwei von ihnen der unwiederbringliche Sprachentod. Deutschland gehört mit der heutigen Be-

schlußfassung zu den Vorreiterländern in Europa, die dieser Entwicklung entgegengetreten und sich für den Erhalt von Sprachen einsetzen. So wie einst die Magna Charta erstmals die Rechte der Engländer schützte.

Mit der jetzt ratifizierten Sprachencharta kommen vier Minderheiten- und eine Regionalsprache der Bundesrepublik zu Schutz, offizieller Anerkennung und europäischer Geltung. Ob im Kindergarten, in der Schule, vor Gericht oder in der Weiterbildung wie auch in der Kulturförderung – die Bürger erhalten ein Recht auf eigene Sprache, können sich in ihrer Sprache rechtfertigen und notfalls auf einen Übersetzer zurückgreifen. Behördenbescheide haben künftig Randsprachen zu berücksichtigen, und Bildungswerke haben für ihre Sprachenarbeit einen grundsätzlichen Anspruch auf Förderung.

Dazu gehört die ca. 50.000 Angehörige umfassende Volksgruppe der dänischen Minderheit im Norden Schleswig-Holsteins, die etwa 60.000 Sorben in Sachsen und Brandenburg, sowie die 2.000 Saterfriesen und 10.000 Mitbürger an der Westküste Schleswig-Holsteins, die friesisch sprechen, sowie schließlich das Romanes der fast 70.000 deutschen Sinti und Roma.

Das Plattdeutsche beherrschen noch fast acht Millionen Menschen. Dabei ist in den Kindergärten, Schulen und Hochschulen der fünf norddeutschen Länder sogar eine neue Pro-Plattdeutsch-Dynamik erkennbar. Sie ist auch notwendig. Würde Platt nicht vom Katheder, von der Kanzel zu hören, in der Zeitung zu lesen und im Fernsehen zu „sehen“ sein, es wäre in seinem Bestand gefährdet.

Große Chance für Berliner Kulturszene

Die „Love Parade“ ist die größte Jugendkulturveranstaltung weltweit. Sie ist Ausdruck der Techno-Generation. Mehrere hunderttausend fröhliche, tanzende junge Menschen sind eine tolle Werbung für Berlin, seine lebendige Kulturszene.

Das ganze „Parade-Wochenende“ im Juli werden die unterschiedlichsten Clubs mit Sonderveranstaltungen zeigen, was Berlin zu bieten hat. Dies muß auch Unterstützung durch die Politik in der Hauptstadt erfahren.

Peter Radunski, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Viele Jugendliche kommen aber nicht allein wegen der „Love Parade“ nach Berlin. Sie werden auch das vielfältige Sommerkul-

Peter Radunski, Senator für Wissenschaft, Forschung und Kultur

„Die LOVE PARADE ist die größte Jugendkulturveranstaltung weltweit!“

Der Demonstrationszug durch Berlin ist eine tolle Werbung für die Hauptstadt, und findet die volle Unterstützung durch den Berliner Senat. Daneben werden auch wieder die unterschiedlichsten Szene-Clubs zeigen, was das Berliner Nachtleben zu bieten hat. Berlin hat in den Tagen um die LOVE PARADE aber noch mehr zu bieten. Ein vielfältiges Kulturangebot steht allen Ravern zur Verfügung. Dieser Flyer informiert Euch über besondere Highlights vom 10. bis 12. Juli '98.

Viel Spaß in der Kulturmetropole Berlin

Nutzt die Angebote in der Kulturmetropole Berlin!

Kultursenator wirbt mit eigenem „Flyer“ für Hauptstadtkultur

turangebot nutzen. Auch in diesem Sommer werden Theater und Freie Gruppen wieder ein für die jüngere Generation interessantes Kulturprogramm anbieten.

In Zusammenarbeit mit den Organisatoren der „Love Parade“ wird die Kul-

turverwaltung erstmal mit seinem eigenen „Flyer“ offensiv für interessante Veranstaltungen an diesem Wochenende werben. Mit einer Auflage von rund 250.000 Exemplaren bietet die Info-Postkarte einen Überblick über Theateraufführungen, Tanzveranstaltungen, Videoinstallationen und Ausstellungen vom 10. bis 12. Juli 1998. Der „Flyer“ wird komplett durch Sponsoren finanziert und bereits im Vorfeld bundesweit verteilt.

Wahlrecht für Deutsche im Ausland erweitert

Wie der Bundeswahlleiter mitteilt, hat der Bundesgesetzgeber im Bundeswahlgesetz den Zeitraum, in welchem Deutsche nach ihrem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland das aktive Wahlrecht bei Bundestagswahlen behalten, von 10 auf 25 Jahre verlängert.

1. Das bedeutet für die Bundestagswahl am 27. September 1998:

■ Deutsche, die außerhalb der Mitgliedsstaaten des Europarates leben, können an der bevorstehenden Wahl des 14. Deutschen Bundestages teilnehmen, wenn sie

● Deutsche im Sinne des Artikels 116 des Grundgesetzes sind,

● am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben,

● nach dem 23. Mai 1949 mindestens drei Monate ununterbrochen in der Bundesrepublik Deutschland gewohnt haben,

● nicht vom Wahlrecht ausgeschlossen sind und

■ am Wahltag nicht mehr als fünfundzwanzig Jahre seit ihrem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland verstrichen sind.

Die Verlängerung der bisher bei einem Fortzug geltenden Zehnjahresfrist auf 25 Jahre trägt den verbesserten Möglichkeiten für eine kommunikative Teilnahme am politischen Geschehen in der Bundesrepublik Deutschland vom Ausland aus Rechnung.

■ Für Deutsche, die in einem Mitgliedsland des Europarates leben, gilt nach dem Bundeswahlgesetz die Frist von 25 Jahren nicht. Solche Deutschen können - gleich wie lange sie aus der Bundesrepublik Deutschland fortgezogen sind - an der Bundestagswahl 1998 teilnehmen, wenn sie die übrigen, oben erwähnten Voraussetzungen erfüllen. Außer der Bundesrepublik Deutschland sind derzeit Mitgliedstaaten des Europarates: Albanien, Andorra, Belgien, Bulgarien, Dänemark, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Estland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Island, Italien, Kroatien, Lettland, Liechtenstein, Litauen, Luxemburg, Malta, Moldau, Niederlande, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Rumänien, Russische Föderation, San Marino, Schweden, Schweiz, Slowakische Republik, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik, Türkei, Ukraine, Ungarn, Vereinigtes Königreich und Zypern.

■ Deutsche, die im Ausland leben und die unter 1. oder 2. genannten Voraussetzungen erfüllen, **müssen sich rechtzeitig in das Wählerverzeichnis ihrer letzten Heimatgemeinde in Deutschland eintragen lassen.** Diese Eintragung muß schriftlich mit einem besonderen Formular beantragt werden; zugleich muß der Deutsche an Eides Statt versichern, daß er wahlberechtigt ist.

Die Antragsformulare für die Bundestagswahl in diesem Jahr stehen seit Ende Mai/Anfang Juni 1998 zur Verfügung.

Die Formulare können angefordert werden

- bei allen Botschaften und Konsulaten der Bundesrepublik Deutschland im Ausland,
- beim Bundeswahlleiter, Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden, oder
- bei den Kreiswahlleitern in Deutschland.

Selbstverständlich können Antragsformulare zugleich für Familienangehörige, Freunde oder Kollegen angefordert werden. Firmen und Verbände können sich für ihre Mitarbeiter im Ausland die Antragsvordrucke gleich in der erforderlichen Stückzahl zusenden lassen.

■ Jeder wahlberechtigte Deutsche im Ausland muß dann für sich einen gesonderten Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis stellen und ihn mit der eidesstattlichen Versicherung, wahlberechtigt zu sein, an die Gemeinde, in der er vor dem Fortzug aus der Bundesrepublik Deutschland zuletzt gemeldet war, schicken.

Die Anträge müssen auf dem Formular spätestens am 21. Tag vor dem Wahltag, d.h. spätestens am 6. September 1998, bei der zuständigen Stelle in Deutschland eingehen. Die ausgefüllten

Antragsvordrucke sollten deshalb möglichst frühzeitig zurückgeschickt werden.

■ Nachdem ein Deutscher auf diese Weise in das Wählerverzeichnis eingetragen wurde, erhält er ohne weitere Anforderung – ca. 1 Monat vor dem Wahltag – die für seine Briefwahl erforderlichen Wahlunterlagen (Wahlschein, Stimmzettel, Wahlumschlag, Wahlbriefumschlag und Merkblatt zur Briefwahl) übersandt.

Deutsche im Ausland, die an der Bundestagswahl vom 27. September 1998 teilnehmen wollen, sollten wegen dieses besonderen Verfahrens und der unter Umständen langen Postwege rechtzeitig handeln. Die deutschen Auslandsvertretungen werden zwar durch Anzeigen in der ausländischen Presse auf die Wahlmöglichkeit für Deutsche im Ausland hinweisen. Es empfiehlt sich aber, daß Familienangehörige oder Freunde, die in der Bundesrepublik Deutschland leben, und Firmen, die Mitarbeiter ins Ausland entsandt haben, ihre im Ausland lebenden Angehörigen, Freunde und Mitarbeiter auf die Möglichkeit und Formalien zur Teilnahme an der Bundestagswahl 1998 aufmerksam machen.

Bei Rückfragen bitte Telefon (06 11) 75-23 45 oder 23 60

Wir gewinnen, wenn wir wollen

Unter diesem Motto steht die 7. Bundesdelegiertentagung der Senioren-Union, zu der Bundesvorsitzender Bernhard Worms nach Erfurt eingeladen hat.

Vom 5. bis zum 7. Juli tagen die Delegierten in der Neuen Messe und wollen sich auf die letzten Wochen vor der Bundestagswahl vorbereiten.

Die Versammlung ist gleichzeitig Deutschlandtag der Senioren-Union und soll ein Signal an die ältere Generation sein.

Am Dienstag, den 7. Juli findet um 14 Uhr im Rahmen der Bundesdelegiertenversammlung eine **Großveranstaltung mit dem Parteivorsitzenden, Bundeskanzler Helmut Kohl**, statt.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Es ist der Ort des Vermächtnisses, ein Ort der Besinnung auf die internationalen Lebensbedingungen unseres Staates: die Festigkeit der atlantischen Gemeinschaft und die politische Union Europas. Ministerpräsident Bernhard Vogel beschrieb so Cadenabbia, Konrad Adenauers bevorzugten Ferienort am Comer See.

Die prächtig gelegene Villa La Collina in Cadenabbia, Adenauers Feriendomizil, befindet sich im Besitz der Konrad-Adenauer-Stiftung. Absicht der Stiftung ist es, daß möglichst viele dieses Anwesen kennenlernen. Die KAS hat daher ein neues „politisch-kulturelles Angebot“ auf den Weg gebracht. Es dient dem Ziel, Interessierten die Möglichkeit zu geben, am Comer See „auf den Spuren des großen deutschen und europäischen Staatsmannes“ zu wandeln.

Auf den Spuren von Konrad Adenauer in Cadenabbia

Studientagungen

Termine/Preise:

26. 8.–30. 8. 1998
(VA 224; DM 700,-)

9. 9.–13. 9. 1998
(VA 238; DM 790,-)

4. 10.–8. 10. 1998
(VA 264; DM 670,-)

25. 10.–29. 10. 1998
(VA 287; DM 670,-)

Die Unterbringung erfolgt in Doppelzimmern, bei Unterbringung in Einzelzimmern wird ein Zuschlag erhoben.

Besonderes:

Sie wohnen in der Villa La Collina, nehmen dort an Vorträgen über das politische Wirken Konrad Adenauers teil und diskutieren mit Experten über innen- und außenpolitische Impulse, die in Cadenabbia ihren Ausgang nahmen.

Darüber hinaus lernen Sie die Orte in und um Cadenabbia kennen, die Adenauer inspirierten und die so zu



historischen Stätten „informellen Gedankenaustauschs“ geworden sind.

Am Ende Ihres Aufenthalts werden Sie, ein Versprechen der Veranstalter, um die Antwort auf die Frage nicht verlegen sein, warum es den „Alten“ immer wieder an den Comer See zog.

Weitere Informationen/ Anmeldungen:

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
z. Hd. Frau Angelika Beuth
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax (0 22 36) 707-230

Der christlich-demokratische Kinder- und Jugendverband Frischluft e.V. sucht für seine Bundesgeschäftsstelle zum 1. September 1998

eine Jugendbildungsreferentin/einen Jugendbildungsreferenten

Zu den Aufgaben gehören:

- Konzeption, Organisation und Durchführung von Veranstaltungen zur jugendpolitischen Bildung
- Mitarbeit bei der Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes
- Erarbeitung von Broschüren und anderen Publikationen
- Vorbereitung und Durchführung von Internationalen Jugendbegegnungen

Für diese Tätigkeit erwarten wir:

- ein abgeschlossenes Studium der

Sozialpädagogik bzw. Sozialarbeit oder vergleichbare Qualifikation

- Erfahrungen in der Kinder- und Jugendarbeit
- die Fähigkeit zu selbständigem und flexiblem Arbeiten in einem Team
- Bereitschaft zu Wochenendarbeit und Dienstreisen
- Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem ehrenamtlichen Bundesvorstand.

Wünschenswert sind Erfahrungen in der Jugendverbandsarbeit.

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an den BAT, zunächst in der Vergütungsgruppe IV b.

Ihre Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen senden Sie bitte bis zum 15. Juli 1998 an:

Frischluft e.V. z. H. Claudia Hofmann, Postfach 24 01 16, 53154 Bonn.

Aus der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung in Wendgräben

Mit dem Entstehen des Europäischen Binnenmarktes und dem verschärften globalen Wettbewerb haben sich die ökonomischen Rahmenbedingungen für den Export aus Deutschland spürbar verändert. Die in der neuen Situation bestehenden Chancen und Risiken sind vielfach Gegenstand von Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Eines der Angebote in Wendgräben:

Veranstaltung Nr. 88 (W)

Europa – Deutschlands Chance: Europäischer Binnenmarkt und internationaler Wettbewerb

27. Wendgräbener Dialog-Forum

26. bis 27. Juni 1998

Weitere Informationen/
Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum**

Schloß Wendgräben

Wendgräbener Chaussee 1

39279 Wendgräben

Fax (03 92 45) 952-206

Aufbau Ost

Ein Erfolg der nationalen Solidarität der Deutschen.



sicher in die Welt von morgen **CDU**

● Aufbau Ost

Der Weg in die deutsche Einheit ist gelungen. Die neuen Bundesländer werden zum modernsten Standort Europas. Die vorliegende Broschüre dokumentiert eine Gemeinschaftsleistung der Menschen aus Ost und West, die auf der Welt ihresgleichen sucht.

Bestell-Nr.: 5402

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 37,50 DM

● SPD / PDS Wir sind bereit

Poster DIN A1

Bestell-Nr.: 7417

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 25,- DM

Poster DIN A0

Bestell-Nr.: 7418

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 50,- DM

Abb. der Motivs: Seite 2

Kassenbuch: Was kostet uns Rot/Grün: „SPD-Programm“

Eine wirtschaftliche Prüfung des SPD-Wahlprogramms im Soll und Haben-Test

Bestell-Nr.: 5411

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 35,- DM

◀ Kassenbuch: Was kostet uns Rot/Grün: „Bündnis90/Die Grünen“

Der Soll und Haben-Test für das Wahlprogramm von „Bündnis90/Die Grünen“

Bestell-Nr.: 5412

Verpackungseinheit: 50 Expl.

Preis je 50 Expl.: 35,- DM

Was kostet uns
Rot/Grün?

Bündnis90/Die Grünen:

Politik des Umverteilens und Abkassierens,
der staatlichen Lenkung und Bevormundung

Der rot-grüne Kandidat

CDU

*Klassenarbeitsheft
Gerhard Schröder*

Na Schröder,
Hausaufgaben gemacht?

- **Der rot-grüne Kandidat**
Broschüre, DIN A6, 20 Seiten
Bestell-Nr.: 5344
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 24,00 DM

- **Schulheft: Gerhard Schröder**
Bestell-Nr.: 5408
Verpackungseinheit: 100 Expl.
Preis je 100 Expl.: 40,00 DM

*Was kostet uns
Rot/Grün?*

SPD-Programm:
*Populismus und Blending
statt Seriosität und Solidität*

Alle Preise zzgl. MwSt. und Versand*

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum
Postfach 1164
33759 Versmold
Fax (0 54 23) 4 15 21
E-Mail: georg.simon@bertelsmann.de

*Bei Bestellungen bis zu einem Warenwert von 50 DM wird eine Versandkostenpauschale in Höhe von 5 DM erhoben.

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
53014 BONN
PVSt, DEUTSCHE POST AG
ENTGELT BEZAHLT.

10 gute Gründe,

warum Rechtsradikale
in deutschen Parlamenten
nichts zu suchen haben

CDU

● 10 Gründe, warum die PDS nicht an der Macht beteiligt werden darf

Broschüre, DIN A6

Bestell-Nr.: 5414

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 30,- DM

10 Gründe,

warum die PDS
nicht an der Macht
beteiligt werden darf

CDU

● 10 Gründe, warum Rechtsradikale in deutschen Parlamenten nichts zu suchen haben

Broschüre, DIN A6

Bestell-Nr.: 5415

Verpackungseinheit: 100 Expl.

Preis je 100 Expl.: 30,- DM

UID

18/1998

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den In-
halt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg
Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon
(0228) 54 40, e-mail: ernst.neuper@bg.cdu.dbp.de, Verlag:
Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113
Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119.
Vertrieb: Tel. (0228) 53 07-1 89. Verlagsleitung: Bernd Pro-
fittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr.
7510 183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 60,- DM.
Einzelpreis 1,60 DM. Herstellung: WVA Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.